

17/1/5 - R.Pf. - 1983



Mit Rheinland-Pfalz

vertraut

**Das Programm
der CDU
für Rheinland-Pfalz
1983-1987**

**Das Programm der CDU
für Rheinland-Pfalz
1983-1987**

Beschlossen auf dem 27. Landesparteitag der CDU
Rheinland-Pfalz · 29./30. Oktober 1982 in Lahnstein

Inhaltsübersicht

	Seite
Vorwort	5
I. Rheinland-Pfalz heute	7
A. Konkurrenzfähiges Land im härter gewordenen Wettbewerb	7
B. Leistungen zählen im Umweltschutz	7
C. Solidarität im Alltag	8
D. Reiches Kulturland	8
E. Miteinander reden, gemeinsam mehr erreichen!	9
II. Wovon wir uns leiten lassen	9
A. Für die freiheitliche Erneuerung von Staat und Gesellschaft	10
- durch Selbstbeschränkung des Staates	10
- durch größere Eigenverantwortung des Bürgers	10
- durch konsequente Rechtsstaatlichkeit	10
- durch solidarische Anstrengungen	11
B. Die Belebung der Wirtschaftstätigkeit und die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen gehören zusammen	11
- Humane und ökologische Gesichtspunkte in die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens einbeziehen	11
- Technische Entwicklung beherrschen, nicht verhindern	11
- Auf die Zukunft geistig und praktisch vorbereiten	12
C. Den sozialen Frieden sichern	12
D. Aktive Friedenssicherung	13
- Partnerschaft über Grenzen	14
- Die Einigung Europas vorantreiben	15
- Für Freiheit und Selbstbestimmung aller Deutschen	15
III. Worauf wir die politische Arbeit in den nächsten vier Jahren konzentrieren wollen	15
A. Arbeitslosigkeit abbauen	16
1. Arbeitslosigkeit abbauen und langfristig tragfähige Beschäftigungsgrundlagen schaffen	16
2. Vorrang für die bäuerliche Landwirtschaft im lebensfähigen ländlichen Raum	22
3. Die Funktion des Waldes stärken	23
4. Den Wohnungsbau fördern	24
5. In die neuen Informations- und Kommunikationstechniken investieren	25

Herausgeber: CDU-Landesverband Rheinland-Pfalz,
6500 Mainz 1, Rheinallee 1

Druck: Druckbetrieb Lindner, Mainz

B. In den natürlichen Lebensgrundlagen die Basis unserer Zukunft sichern	25
1. Unser Leben wieder stärker als Einheit sehen	25
2. Schutz von Natur und Umwelt ist Verpflichtung aller	26
3. Unserer unmittelbaren Umwelt ein unverwechselbares Gepräge geben	32
4. Künstlerischer und geistiger Durchdringung unserer Zeit Raum geben	32
5. Mehr Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt	33
C. Die Lebenstüchtigkeit junger Menschen und ihre Zukunftschancen fördern	34
1. Jeder braucht seine persönliche Bildungschance	34
2. Forschung, Wissenschaft und Hochschulen	37
3. Weiterbildung - bedarfsgerechtes Angebot für jeden Bürger	39
4. Der Jugend Zukunft geben	39
D. Die soziale Verpflichtung des Staates in ihrem Verhältnis zur Selbstverantwortung des einzelnen und zum mitmenschlichen Engagement neu bestimmen	41
1. Die Familie stärken	41
2. Ältere Menschen wollen unabhängig sein	42
3. Mehr Wahlfreiheit für die Frauen	43
4. Hilfen für Behinderte weiterentwickeln	45
5. Kriegsofopfer	45
6. Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler	45
7. Klare Linie in der Ausländerpolitik	46
8. Sozialstationen sind bürgernahe Hilfen	47
9. Vorbeugend für die Gesundheit wirken	48
10. Sport für alle	49
E. Den demokratischen Verfassungsstaat und den Rechtsstaat stärken	49
1. Selbstbeschränkung des Staates	50
2. Die Teilhabe aller Bürger an politischen Entscheidungen sichern	50
3. Stabilisierung des Rechtsstaates	50
4. Wirkungsvoller Schutz vor Gefahren	53
5. Konsolidierung der Staatsfinanzen	53
6. Stärkung des Bürgersinns und der Ehrenamtlichkeit	54
7. Selbstverwaltung stärken	54
8. Pflichten gegenüber der Gemeinschaft einfordern	55
9. Die Demokratie festigen	56

Vorwort

Die Bürger von Rheinland-Pfalz haben am 6. März 1983 zwei wichtige Entscheidungen zu treffen: Am gleichen Tag ist ein neuer Landtag in Mainz und ein neuer Bundestag in Bonn zu wählen. Jede der beiden Wahlen hat ihr eigenes Gewicht.

In der Landtagswahl entscheidet sich, ob Rheinland-Pfalz auch in den nächsten vier Jahren ein politisch und wirtschaftlich stabiles Land bleibt, sozial aktiv und in der Schulpolitik vernünftig, und ob Rheinland-Pfalz weiterhin zu den Ländern gehört, die Zukunftsfragen anpacken, die Neues wagen: im Wohnungsbau, in der Nutzung der Kommunikationstechniken, in der Energieerzeugung, in der Hilfe für die Dritte Welt, in der Vermenschlichung unseres Lebens durch mehr persönlichen und ehrenamtlichen Einsatz, im Umweltschutz.

Voraussetzung dafür, daß Rheinland-Pfalz stabil bleibt und nach vorne sieht, ist eine klare Mehrheit für die CDU. Ginge die Mehrheit verloren, wäre die Unregierbarkeit des Landes das Ergebnis, d. h. Schwäche, Unsicherheit, Führungslosigkeit.

Bernhard Vogel muß Ministerpräsident des Landes bleiben. Keiner kennt das Land besser als er. Er ist mit Rheinland-Pfalz vertraut. In über 70 Bereisungen aller Städte und Kreise hat er sich ein ungewöhnliches Vertrauenspotential geschaffen. Er spricht mit den Bürgern des Landes aus allen Regionen und aus allen Bevölkerungsschichten, weil er weiß, daß man gemeinsam mehr erreicht.

In Bonn hat Helmut Kohl mit seiner Koalition der Mitte in überzeugender Geschlossenheit und in kürzester Zeit erreicht, wozu die alte Regierung nicht mehr fähig war: einen Haushalt für 1983, der mit seinen Begleitgesetzen die Grundlage für die Gesundung der Staatsfinanzen und die Wiederbelebung der Wirtschaft ist. Damit ist der neue Anfang gesetzt. Helmut Kohl hat die Kraft und den Mut, sich und seine Politik gleich zu Beginn durch die Wähler bestätigen zu lassen. Er hat den Weg dazu frei gemacht. Den schweren Weg aus der Krise will er auch gegen den Widerstand uneinsichtiger Interessenvertreter durchsetzen. Dazu braucht er klare Mehrheiten.

Die Christlich Demokratische Union Rheinland-Pfalz steht hinter Helmut Kohl und hinter Bernhard Vogel. Sie hat ein Ziel: mit Helmut Kohl für Deutschland - mit Bernhard Vogel für Rheinland-Pfalz! Das heißt, eine klare Bestätigung für den neuen Anfang in Bonn und ein klarer Führungsauftrag für Rheinland-Pfalz.

Für ihre Arbeit im Lande hat die CDU von Rheinland-Pfalz auf ihrem Lahnsteiner Parteitag Ende 1982 ein Arbeitsprogramm für die Jahre 1983 bis 1987 beschlossen. Darin sagt die CDU,

- wie sie die Situation in Rheinland-Pfalz heute sieht,
- wovon sie sich in ihrer Politik leiten läßt und
- worauf sie die Arbeit in den kommenden Jahren konzentrieren will.

Dieses Arbeitsprogramm stützt sich auf das Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands und auf das Rheinland-Pfalz-Rahmenprogramm von 1978.

Die Mehrheit der Bürger will eine freiheitliche Erneuerung unseres Zusammenlebens und die Erhaltung der Stabilität unseres Staates. Dafür kämpft die CDU Rheinland-Pfalz. Sie will klare Mehrheiten und eine handlungsfähige Regierung in Mainz. Denn handlungsfähige und stabile Länder stärken die Bundesrepublik Deutschland für ihren Weg aus der Krise und für den Aufbruch zu neuer Gemeinsamkeit. Kernstück dieser neuen Gemeinsamkeit sind aktive Friedenssicherung, wirtschaftliche Gesundung und sozialer Frieden.

I. Rheinland-Pfalz heute

A. Konkurrenzfähiges Land im härter gewordenen Wettbewerb um Absatzmärkte und Industriestandorte

Die Wirtschaft unseres Landes steht - national und international - im härter gewordenen Wettbewerb um Absatzmärkte und Industriestandorte. Sie hat die Chance, diesen Wettbewerb zu bestehen. Durch eine ausgeglichenerere Wirtschaftsstruktur mit hohem Anteil an Wachstumsindustrien ist die Wirtschaftskraft des Landes nachhaltig gewachsen: Lag die gesamtwirtschaftliche Produktivität 1960 noch um 13,9 % unter dem Bundesdurchschnitt, so übertraf sie diesen 1981 um 2,5 %. Damit nimmt Rheinland-Pfalz unter den acht Flächenstaaten der Bundesrepublik einen der vorderen Plätze ein.

Aber auch das zählt: Obwohl die Gesamtzahl der Beschäftigten in Rheinland-Pfalz stärker zunahm als im Bundesdurchschnitt, liegt die Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz heute im Durchschnitt niedriger als im Bund. Die Arbeitsplätze waren also in Rheinland-Pfalz sicherer, der Verlust an Arbeitsplätzen geringer als anderswo. Damit sollen die hohe Arbeitslosigkeit und der Zusammenbruch vieler selbständiger Existenzen keineswegs verharmlost werden. Aber die erzielten Erfolge ermutigen uns, alles zu tun, um auch mit den gegenwärtigen Schwierigkeiten fertig zu werden.

B. Leistungen zählen im Umweltschutz

Ermutigend sind auch die Fortschritte beim Schutz der Umwelt in Rheinland-Pfalz. Dafür nur einige Beispiele: Durch Verfahrensumstellungen in den Betrieben konnte die Luftverunreinigung im Raum Ludwigshafen innerhalb von 6 Jahren um fast 40 % vermindert werden. Der verstärkte Ausbau von Kläranlagen hat die Güte der Gewässer in Rheinland-Pfalz merklich erhöht. Allein für kommunale Abwasseranlagen wurden in Rheinland-Pfalz von 1960 bis 1982 5 Milliarden DM investiert. Lärm, sowohl am Arbeitsplatz als auch in der Freizeit oder im Verkehr, wurde vielerorts deutlich verringert. An die Stelle von 5.000 Müllplätzen sind 55 Zentraldeponien getreten.

Das Natur- und Landschaftsschutzgesetz von 1973 ist die Grundlage für 141 Naturschutzgebiete, 6 Naturparks und zahlreiche Land-

schaftsschutzgebiete, die zusammen 25 % der Landesfläche umfassen.

Das Umweltbewußtsein ist gewachsen und das Umweltverständnis ist größer geworden. Mehr und mehr wird Umweltverantwortung spürbar. Das stimmt hoffnungsvoll: Ökologische Anforderungen und Maßstäbe haben Eingang gefunden in die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens und werden mehr und mehr zum selbstverständlichen Bestandteil unseres Lebens.

C. Solidarität im Alltag

Rheinland-Pfalz heute, dazu gehört auch, daß dieses Land in vielen Bereichen Schrittmacher ist, wenn es darum geht, im Alltag solidarische Hilfen zu leisten, insbesondere für die Familien. Überall gibt es Sozialstationen, Kindergärten, Einrichtungen für Behinderte und viele Dienste, auf die Familien, alte und hilfsbedürftige Menschen sich verlassen können, wenn es darauf ankommt.

Für die Menschen dieses Landes und die CDU Rheinland-Pfalz ist aber auch die Verpflichtung zur Leistung genauso Ausdruck der Solidarität wie diese Hilfe und Unterstützung für Menschen in Notlagen. Denn Leistung und solidarische Hilfe gehören zusammen, wenn der Sozialstaat leistungsfähig bleiben soll.

D. Reiches Kulturland

In Rheinland-Pfalz nehmen wir nicht nur viele Zeugnisse der Vergangenheit und Erfahrungen einer bewegten Geschichte, sondern auch ein breites Spektrum künstlerischen Schaffens und kulturellen Lebens mit in die Zukunft. Baudenkmäler aus zweitausend Jahren abendländischer Geschichte setzen Akzente ins Bild unserer rheinland-pfälzischen Heimat.

Eine der wenigen Stätten, an denen wir die Geschichte unserer Demokratie auch durch Bauwerke anschaulich machen können, liegt in unserem Land: das Hambacher Schloß. Es steht für die Entwicklung zur Demokratie neben der Paulskirche in Frankfurt, dem Weimarer Nationaltheater, dem Berliner Reichstag und dem Bundeshaus in Bonn.

Die Museen und Sammlungen unseres Landes sind Orte der Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit und Gegenwart. Das Theater- und Musikleben ist lebendig und genießt hohe Wertschätzung.

Das Angebot verschiedener Schularten und Bildungseinrichtungen reicht bis in dünn besiedelte Gebiete hinein. Unseren Kindern, Eltern und Lehrern blieb erspart, was der Schule in anderen Ländern zugemutet wurde - an Dauerreform wie an einseitiger Beeinflussung. 1945 gab es in Rheinland-Pfalz noch keinen Studienplatz. Heute studieren mehr als 45.000 junge Menschen an den wissenschaftlichen Hochschulen in allen Regionen des Landes.

E. Miteinander reden, gemeinsam mehr erreichen

Die Rheinland-Pfälzer haben die Chance, mit den gegenwärtigen Schwierigkeiten in gemeinsamer Anstrengung fertig zu werden. Die CDU Rheinland-Pfalz zeigt in diesem Programm dafür Ziele und Wege auf. Das Gebot der Stunde heißt: miteinander reden, gemeinsam mehr erreichen.

II: Wovon wir uns leiten lassen

Ein neuer Aufbruch setzt Übereinkunft darüber voraus, was für den einzelnen und für die Gemeinschaft der Bürger wesentlich und was unwesentlich oder schlechthin lebensgefährlich ist. Dieser Rahmen, in den sich die Politik der nächsten Jahre einfügt, übergreift notwendigerweise unser Land und die Grenzen der politischen Fachbereiche. So ist das Programm der CDU Rheinland-Pfalz für die Jahre 1983 bis 1987 Teil einer Offensive

- für die freiheitliche Erneuerung von Staat und Gesellschaft,
- für die Schaffung tragfähiger Wachstumsgrundlagen, die es ohne Rücksichtnahme auf unsere natürlichen Lebensgrundlagen auf die Dauer nicht geben wird,
- für die Festigung des sozialen Friedens und
- für die Nutzung aller Wege zur Sicherung von Frieden und Freiheit.

Für diese ordnungspolitische Offensive will die CDU Rheinland-Pfalz alle Gruppen und Kräfte des Landes gewinnen.

A. Für die freiheitliche Erneuerung von Staat und Gesellschaft

Wir haben eine freiheitliche Verfassung. Der soziale Rechtsstaat ist an die Grund- und Freiheitsrechte gebunden und schützt sie. Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte sind Bestandteil des sozialen Zusammenlebens in der Gesellschaft und in der Arbeitswelt.

Wenn dennoch Unbehagen und Kritik unüberhörbar sind, dann beziehen sie sich weniger auf die demokratischen Einrichtungen oder gar unser freiheitliches Gesellschaftssystem, sondern auf die Praxis unserer Demokratie und den Gebrauch unserer Freiheiten. Viele fürchten auch, daß unsere Lebensweise selbstzerstörerische Folgen haben könnte.

Gegen solche Gefährdungen und den Mißbrauch der Freiheit ist keine Demokratie und keine freie Gesellschaft gefeit. Deshalb kommt es auf den Geist an, der unser Handeln leitet und mit dem die demokratische Verfassung und unser Zusammenleben erfüllt werden. Die CDU Rheinland-Pfalz wird den Gefahren für unsere Demokratie die freiheitliche Erneuerung des politischen Lebens, die Stabilisierung des sozialen Rechtsstaates und der Gesellschaft entgegengesetzt.

Durch Selbstbeschränkung des Staates

Dazu gehört, daß staatliche Organe und Politiker durch bewußte Selbstbeschränkung und Achtung der Grenzen zwischen Staat und Gesellschaft den demokratischen Staat stärken. Der Staat muß seine Ordnungskraft sowie den notwendigen gestalterischen und finanziellen Handlungsspielraum wiedergewinnen.

Durch größere Eigenverantwortung des Bürgers

Gleichzeitig gilt es, die Eigenverantwortung der Bürger zu stärken. Der Staat muß dem Bürger mehr vertrauen und ihm mehr zutrauen; die Bürger müssen zu mehr Loyalität gegenüber dem Staat und zu mehr solidarischem Handeln zurückfinden. Das macht staatliche Reglementierungen entbehrlich und sichert die Unabhängigkeit des Bürgers vom Staat.

Durch konsequente Rechtsstaatlichkeit

Zur Erneuerung des Verhältnisses zwischen Bürger und Staat gehört auch, daß sich der Staat um konsequente Durchsetzung des Rechts bemüht. Aber er hat sich auch um eine gerechte Zumessung von Rechten und Pflichten zu kümmern.

Durch solidarische Anstrengungen

Wir müssen wieder die gemeinsamen Überzeugungen betonen. Junge und Alte, Männer und Frauen müssen gemeinsam versuchen, die Probleme zu erkennen und zu lösen. Nicht durch die Zuspitzung von Gegensätzen zwischen den Geschlechtern und Generationen sind die schwierigen Fragen der Zukunft zu beantworten. Wir brauchen dazu vielmehr Vertrauen, Gespräch und gelebte Partnerschaft. Dabei ist der Respekt vor der jeweils anderen Meinung die wichtigste Voraussetzung.

B. Die Belebung der Wirtschaftstätigkeit und die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen gehören zusammen

Die gegenwärtige Strukturkrise der Wirtschaft hat zu einer wirklichkeitsnäheren Betrachtung der Wirtschaftstätigkeit zurückgeführt. Ihre Bedeutung für die Sicherung des Lebensunterhaltes und für die Selbstbestätigung des Menschen, für die Sicherung des Wohlstandes und die praktische Solidarität nach innen und außen ist uns wieder bewußter geworden. Deutlich wurde auch, daß mit staatlichem Dirigismus und bürokratischer Gängelung die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft gehemmt und nicht gefördert wird. Der Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft dagegen setzt Initiative und wirtschaftliche Wachstumskräfte frei und richtet sich bewußt gegen die Macht des Stärkeren sowohl durch Wettbewerb als auch durch soziale Sicherung. Soziale Marktwirtschaft ist nicht Ellenbogengesellschaft, aber auch nicht Anspruchsgesellschaft.

Humane und ökologische Gesichtspunkte in die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens einbeziehen

Das Ziel der Sozialen Marktwirtschaft ist nicht „Wachstum um jeden Preis“. Technischer Fortschritt und Wirtschaftswachstum bringen uns dann weiter, wenn sie auf den Menschen zugeschnitten und umweltverträglich sind. Deshalb sind qualitatives Wachstum und humaner zivilisatorischer Fortschritt Richtschnur unserer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Sie sind zugleich Kernstück der Sozialen Marktwirtschaft.

Technische Entwicklung beherrschen, nicht verhindern

Zur Sozialen Marktwirtschaft gehört, die technische Entwicklung und den zivilisatorischen Fortschritt zu beherrschen und uns in vernünftiger Weise nutzbar zu machen.

Dies gilt sowohl für die elektronische Automation, die friedliche Nutzung der Kernenergie als auch für die neuen Kommunikationstechniken, die Biotechnologien sowie die Verfahren zur Entwicklung und zur Rückgewinnung von Rohstoffen. Wir müssen die Angst vor der Technik überwinden, um Technik zu beherrschen.

Auf die Zukunft geistig und praktisch vorbereiten

Wir müssen uns auf die grundlegend veränderten Lebensbedingungen vorbereiten. Es gibt weder einen bequemen Weg in die Zukunft noch ein Zurück in die Vergangenheit. Wir müssen den Weg weitergehen,

- der uns zu einer offenen und pluralen Gesellschaft,
- der uns zu persönlicher und politischer Freiheit
- und zu der wirtschaftlichen Leistungskraft geführt hat, die unsere persönliche Unabhängigkeit sichert, das soziale Netz trägt und solidarische Hilfe erst möglich macht.

Auf diesem Weg müssen wir das vernünftige Maß im Umgang mit der Natur, mit den technischen, organisatorischen und wissenschaftlichen Möglichkeiten zurückgewinnen. Allerdings gehört dazu, daß wir als Gemeinschaft freier Bürger ein wirklichkeitsbezogenes Selbstverständnis entwickeln, daß wir vorausschauender, verantwortlicher und leistungsbereiter werden.

C. Den sozialen Frieden sichern

Sozialer Friede ist die Voraussetzung für jeden Fortschritt unserer Gesellschaft. Er beruht darauf, daß die Bürger ihr Leben selbst in die Hand nehmen können, an wesentlichen öffentlichen und gesellschaftlichen Grundentscheidungen beteiligt sind und sich durch ihren Staat vertreten fühlen können und in das soziale Leben einbezogen sind. Es ist ein Versprechen der Demokratie, daß niemand an den Rand der Gesellschaft geraten oder gedrängt werden darf. Dieses Versprechen müssen wir einlösen.

Die Verantwortung dafür tragen jedoch keineswegs Staat und Verwaltung allein. Denn die Zuteilung staatlich garantierter Leistungen sichert noch keinen sozialen Frieden. Im Gegenteil: Das Übergewicht des Staates bei der Verteilung des Wohlstandes birgt bereits heute spürbar die Gefahr in sich, daß ein künstliches Netz alle Lebensbereiche überspannt, das die Menschen abhängig macht und die Eigenverantwortung lähmt.

Diese Nebenwirkungen umfassender Sozialleistungen gilt es zu vermeiden, nicht jedoch, den Sozialstaat in Frage zu stellen. Deshalb ist auch nicht die Finanzierbarkeit der wichtigste Grund für die notwendige Bestandsaufnahme der Sozialausgaben. Diese Bestandsaufnahme ist vielmehr erforderlich, weil wir die Verpflichtung für den Mitmenschen nicht zur Funktion bürokratischer Betreuung werden lassen wollen. Nicht der betreute und anspruchsberechtigte, sondern der selbständige Bürger muß das Ziel des Sozialstaates bleiben.

Die Neuorientierung sozialstaatlicher Leistungen wird zum sozialen Fortschritt, wenn zu den unverzichtbaren sozialen Hilfen des Staates und zu dem System sozialer Sicherung in verstärktem Maße Eigenverantwortung und Selbstvorsorge des einzelnen, vom Markt angebotene Leistungen und die Mobilisierung des Bürgersinns hinzutreten. Dadurch wird der Sozialstaat wachstumsunabhängiger, das soziale Netz reißfester und unser Zusammenleben menschlicher.

Darauf kommt es uns an, wenn wir in Rheinland-Pfalz nicht nur im Sozialbereich, sondern in allen Lebensbereichen Verantwortung stärken, Gemeinsinn wecken und Freiwilligkeit den Vorrang vor staatlicher Betätigung einräumen wollen.

D. Aktive Friedenssicherung

Frieden in Freiheit zu bewahren ist die wichtigste Aufgabe der Politik. Frieden ist für uns im atomaren Zeitalter nicht ein Ziel der Politik neben anderen, sondern die Bedingung für Politik schlechthin. Die in der Landesverfassung und im Grundgesetz verankerten Grundrechte können nur in Frieden und Freiheit garantiert werden. Daher muß unser politisches Handeln auf die Sicherung des Friedens in Freiheit ausgerichtet sein.

Die Gefahren für den äußeren Frieden erschöpfen sich nicht in der militärischen Bedrohung durch andere Staaten. Sie gehen auch aus von der Mißachtung der Menschen- und Bürgerrechte, der Vorenthaltung des Selbstbestimmungsrechts der Gruppen und Völker; materielle Not und das Fehlen ausreichender Existenzgrundlagen sind ebenfalls Ursachen von Konflikten. Es kommt also darauf an, die Ursachen für Konflikte, Spannungen und kriegerische Auseinandersetzungen zu beseitigen. Innerer und äußerer Frieden sind aufs engste miteinander verbunden.

Dies führt zu der Einsicht, daß mit militärischen Mitteln allein der Frieden auf Dauer nicht zu gewährleisten ist. Aktive Friedenspolitik, praktische Verständigung ohne Verharmlosung der Gegensätze und

friedlicher Austausch zwischen den Völkern ist daher unverzichtbar. Angesichts des ungeheuren Vernichtungspotentials der weltweiten Rüstung und der unaufhörlich steigenden Militärausgaben ist die allseitige Begrenzung und Verringerung der Rüstung ein Gebot der Vernunft. Das zur Erhaltung des Friedens notwendige militärische Gleichgewicht muß auf ein möglichst niedriges Niveau heruntergeschraubt und wirksam kontrolliert werden.

Der Wille zu Frieden und Abrüstung ist aber unabdingbar mit dem Willen zur Verteidigung verbunden. Der NATO-Doppelbeschluß unterstreicht die Fähigkeit und Entschlossenheit des Westens zur Verteidigung der Freiheit und zugleich die Bereitschaft zu Entspannung und Abrüstung. Es dient dem Frieden, wenn wir die gegebenen Machtverhältnisse realistisch beurteilen und unsere Politik auf dem Boden der Wirklichkeit steht. So liegt es im Interesse der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und der ganzen freiheitlichen Welt, wenn wir die Last der Stationierung deutscher und verbündeter Streitkräfte in unserem Land weiterhin tragen. Wir unterstützen die Bundesregierung mit Nachdruck bei ihrem Bemühen, die internationale Ächtung chemischer Kampfstoffe zu erreichen.

Die CDU Rheinland-Pfalz wird ohne Vorurteile und auf sachlicher Grundlage das Gespräch über den besten Weg zur Erhaltung und Sicherung von Frieden in Freiheit mit allen Bürgern suchen.

Partnerschaft über Grenzen

Der Frieden ist nicht allein das Werk der Staatsmänner. Die Völker, die Menschen müssen ihn wollen und tragen. Friede und Partnerschaft erwachsen aus gegenseitigem Respekt, fairem Interessenausgleich und menschlicher Solidarität über die Grenzen hinweg: Wir müssen anders leben, damit andere überleben.

Rheinland-Pfalz hat mit der Partnerschaft zu einem der ärmsten Länder der Welt, Ruanda, hierfür ein Zeichen gesetzt. Die Initiative von Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel hat zu einem Abkommen zwischen den Ländern Rheinland-Pfalz und Ruanda geführt, das unmittelbare Hilfe von Mensch zu Mensch, von Ort zu Ort, von Betrieb zu Betrieb, ohne Umwege über Verwaltungsstellen und ohne Reglementierung sicherstellt. Die Gefahr, daß vieles versickert, ehe es sein Ziel erreicht, soll dadurch vermieden werden.

Mit dieser Form der Entwicklungshilfe hat Rheinland-Pfalz ein Modell geschaffen. Es hat im Lande breite Zustimmung gefunden. Der Staat öffnet nur die Wege. Die Hilfe leisten Menschen mit weitem Herzen - nicht der anonyme Steuerzahler. So wird Entwicklungshilfe unmittel-

barer, menschlicher. Alle sind zur aktiven Unterstützung, zur Begegnung und zum gegenseitigen Austausch aufgefordert.

Die Einigung Europas vorantreiben

Die CDU Rheinland-Pfalz tritt für ein engeres Zusammenwirken der freiheitlichen Demokratien in der westlichen Welt zur Sicherung des Friedens ein. Mit der politischen Vereinigung Europas müssen wir der Welt ein Beispiel dafür geben, was freie Völker auf friedlichem Wege zu erreichen vermögen. Die europäische Einigung ist Friedenspolitik und Strategie der Freiheit. Europa muß wieder zu einer Hauptsache deutscher Politik werden. Für Rheinland-Pfalz heißt das, sich den nächsten europäischen Nachbarn zuzuwenden in Frankreich, Luxemburg und Belgien. Die bewährte Partnerschaft mit Burgund ermutigt uns dazu.

Für Freiheit und Selbstbestimmung aller Deutschen

Die Menschen in der Bundesrepublik haben die Freiheit, sich für Frieden und Freiheit zu entscheiden. Indem das Land Rheinland-Pfalz und die Bundesrepublik Deutschland sich mit den freien Völkern des Westens für die Freiheit und Selbstbestimmung anderer Völker und den Frieden einsetzen, entsprechen wir zugleich dem Auftrag unseres Grundgesetzes, das Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung für das deutsche Volk zu erstreben.

Die CDU Rheinland-Pfalz wird das Gespräch über die geistigen Grundlagen unserer Zukunft und den besten Weg zur Erhaltung von Frieden und Freiheit mit allen Bürgern und Gruppen suchen, insbesondere mit der jungen Generation.

III. Worauf wir die politische Arbeit in den nächsten 4 Jahren konzentrieren wollen

Die schwerste wirtschaftliche und soziale Krise der Nachkriegszeit erfordert es, alle Kraft auch in Rheinland-Pfalz in den nächsten 4 Jahren auf die Schlüsselprobleme zu konzentrieren:

- Arbeitslosigkeit abbauen.
- In den natürlichen Lebensgrundlagen die Basis unserer Zukunft sichern.

- Die Lebensstüchtigkeit junger Menschen und ihre Zukunftschancen fördern.
- Das Verhältnis sozialer Verpflichtung des Staates zur Selbstverantwortung des einzelnen und dem mitmenschlichen Engagement im Alltag neu bestimmen.
- Den demokratischen Verfassungsstaat und den Rechtsstaat stärken.

A. Arbeitslosigkeit abbauen

Der Abbau der Arbeitslosigkeit und die Wiederbelebung der Wirtschaft ist gegenwärtig das dringlichste Ziel der Politik. Die Weichenstellung der Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik, einschließlich der Finanz- und Sozialpolitik, erfolgt auf Bundesebene. Dort sind die entscheidenden Fehler gemacht worden. Von dort müssen neue Ziele gesetzt werden. Helmut Kohl hat den neuen Anfang gemacht. Die CDU Rheinland-Pfalz unterstützt ihn dabei.

1. Arbeitslosigkeit abbauen und langfristig tragfähige Beschäftigungsgrundlagen schaffen

In der Wirtschaftspolitik des Landes setzen wir zwei Ziele: Den Abbau der Arbeitslosigkeit und die Schaffung langfristig aussichtsreicher Beschäftigungsmöglichkeiten für die Wirtschaft des Landes.

Das Selbstbewußtsein des Bürgers ist mit Arbeit und Beruf aufs engste verbunden. Wir sind auf die Dauer ohne nachhaltig produktive Wirtschaftstätigkeit weder in der Lage die soziale Sicherheit zu gewährleisten noch unseren Lebensstandard zu halten.

Der Schlüssel zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Schaffung neuen Wirtschaftswachstums liegt in der Belebung der Investitionstätigkeit, und zwar sowohl der der Wirtschaft als auch der des Staates. Vorrang haben allerdings die privaten arbeitsplatzschaffenden Investitionen, die die Produktivität unserer Wirtschaft sichern. Aber auch der Staat muß weiter investieren. Vor allem in den Teilen unseres Landes, in denen noch strukturelle Nachteile abzubauen sind.

Konsolidierung der öffentlichen Haushalte

Dazu ist die Wiederherstellung geordneter finanzieller Verhältnisse bei der öffentlichen Hand auf allen Ebenen unabdingbar. Die CDU hat in Rheinland-Pfalz in ihrer Haushaltspolitik den Notwendigkeiten der Arbeitsplatzsicherung und Investitionsförderung in den letzten Jahren bereits Rechnung getragen. Das Land hat durch schmerzli-

che Kürzungen der Ausgaben auf fast allen Gebieten beträchtliche Einsparungen erzielt. Dadurch konnte für die Jahre 1982 und 1983 eine hohe Investitionsquote im Landeshaushalt gesichert werden.

Die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessern

Darüber hinaus müssen Staat und Tarifpartner die Rahmenbedingungen für neues Wirtschaftswachstum schaffen und sichern. Zu ihnen gehören allerdings nicht allein die ökonomischen Wachstums- und Stabilitätsziele. Der Staat muß vielmehr auch das Verhältnis von privater und öffentlicher Güterversorgung sowie zwischen Gegenwartskonsum und Zukunftsvorsorge neu bestimmen. Dazu gehört die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß wachsender Wohlstand nicht auf Kosten der natürlichen Lebensgrundlagen und der sozialen Umweltbedingungen geht.

Notwendig ist eine neue Initiative zur Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen. Sie kann für die notwendige Verbesserung der Kapitalausstattung der Unternehmen genutzt werden. Für unsere export- und rohstoffabhängige Wirtschaft sind ein möglichst ungehinderter Zugang zu den Weltmärkten, der Abbau noch bestehender Hemmnisse im europäischen Grenzverkehr und der Abbau von Verzerrungen des Wettbewerbs in Europa lebenswichtig.

Die Bundesregierung, die Bundesbank, die Bundesländer, die Kommunen und die Tarifpartner können solche investitionsfördernden Rahmenbedingungen setzen und eine wachstumsorientierte Strukturpolitik betreiben. Ihr Zusammenwirken und ihre Abstimmung auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft sind die gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern.

Fortsetzung der bewährten Strukturpolitik

Trotz der bundesweit anhaltenden gesamtwirtschaftlichen Schwächephase und des weltweiten Strukturwandels sind in Rheinland-Pfalz gute Voraussetzungen für den Abbau der Arbeitslosigkeit und die weitere Stärkung der Wirtschaftskraft des Landes gegeben. Rheinland-Pfalz kann auch weiterhin die zentrale Lage im europäischen Wirtschaftsraum für sich nutzen. Die ausgewogene Mischstruktur, die günstigen Umweltvoraussetzungen sowie der hohe Wohn- und Freizeitwert der Gemeinden, Städte und Regionen schaffen Standortvorteile. Die Standortgunst von Rheinland-Pfalz im europäischen Raum zu verbessern, darauf ist die Strukturpolitik des Landes angelegt.

Leistungsfähige Verkehrswege und Verkehrsträger stärken die Konkurrenzfähigkeit des Landes.

Zur Stärkung der Konkurrenzfähigkeit des Landes Rheinland-Pfalz in der europäischen Industrielandschaft ist es entscheidend, leistungsfähige Verkehrswege anbieten zu können. Sie und die Zentrallage des Landes sind die Voraussetzungen dafür, daß Rheinland-Pfalz zum Standort für die Fertigung von Endprodukten wird, die arbeitsteilig in verschiedenen Produktionsstätten entstehen. Darin liegen Wachstumsreserven für unser Land. Deshalb müssen mit Vorrang - unter Beachtung von Umweltgesichtspunkten - die Lücken im Autobahnnetz von Rheinland-Pfalz geschlossen werden. Das ist auch notwendig, wenn man Energie sparen und die bisher gebauten Straßen besser nutzen will. Priorität haben unter diesen Gesichtspunkten die Fernstraßen Lüttich - Rhein/Main-Gebiet, die Autobahn A 1 Richtung Köln, die Autobahn Mainz - Kaiserslautern und die Verbindung Saarbrücken - Pirmasens - Karlsruhe.

Im übrigen stehen bei Straßenbaumaßnahmen die Erschließung des ländlichen Raumes, die Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Straßen und der Verkehrssicherheit sowie die Verbesserung der Wohnumwelt im Vordergrund. Schwerpunktartig geht es in den nächsten Jahren um den Ausbau und die Erhaltung von Straßen, z. B. der Nahetalstraße, der Nistertalstraße und den Bau der Rheinbrücke in Worms, den Bau von Ortsumgehungen, die Beseitigung von Bahnübergängen, die Entschärfung von Unfallschwerpunkten und Engpässen. Bei allen Straßenbaumaßnahmen werden wir auch in Zukunft den Bodenverbrauch und die Umweltbelastung auf das notwendige Maß beschränken. Besondere Aufmerksamkeit wollen wir dem Radwegebau sowie den Maßnahmen zum Schutz vor Verkehrslärm zuwenden. Für den Ausbau des Radwegnetzes haben wir ein 8-Mio.-Programm geschaffen.

Im öffentlichen Personennahverkehr muß die vorhandene Grundausstattung an Schienen und Straßen als die Grundlage für die bedarfsgerechte Fortentwicklung der Leistungsangebote erhalten bleiben. Streckenstilllegungen vergrößern die Nachteile strukturschwacher Gebiete. Wir werden auch künftig die Fortführung der Elektrifizierung von Bundesbahnstrecken fördern.

In unserem Land stehen dafür an: die Strecken von Bad Kreuznach nach Kaiserslautern und nach Saarbrücken, von Schifferstadt nach Wörth, von Trier über Gerolstein nach Köln sowie die Lahnstrecke von Koblenz nach Limburg und Gießen.

Das Land wird die bewährten Förderungsmaßnahmen für den öffentlichen Personennahverkehr fortführen. Die Organisation des Personennahverkehrs muß den unterschiedlichen regionalen Gegebenheiten Rechnung tragen, z. B. durch die bessere Abstimmung der Verkehrsträger untereinander sowie die Integration von allgemeinem öffentlichen Verkehr und Schülerverkehr.

Langfristige Energiepolitik betreiben

Es bleibt unser Ziel, die Abhängigkeit von der unsicheren Importenergie Erdöl weiter zu verringern und die Kohle nicht einseitig zur Energieerzeugung zu verbrauchen. Deshalb bauen wir das Gasnetz und die Fernwärmeversorgung weiter aus und treten für die friedliche Nutzung der Kernenergie ein. Das Kernkraftwerk Mühlheim-Kärlich geht seiner Vollendung entgegen und wird in absehbarer Zeit mit der Stromlieferung beginnen können. Langfristig ist ein zweites Kernkraftwerk in Rheinland-Pfalz unentbehrlich. Deshalb muß in den nächsten Jahren über den Standort Neupotz entschieden werden.

Der Bau von Kernkraftwerken bedingt ein gesichertes Entsorgungskonzept. Aus gesamtstaatlicher Verantwortung war die Landesregierung bereit, auch in Rheinland-Pfalz einen Standort für eine Wiederaufarbeitungsanlage zu prüfen. Inzwischen ist die Entscheidung zugunsten anderer Standorte außerhalb unseres Landes gefallen.

Die Energiepolitik der CDU ist langfristig angelegt. Wir müssen bereits heute über Art und Umfang des Energieangebotes in 10 Jahren und damit auch über die Lebenschancen nachfolgender Generationen entscheiden. Dies verlangt von Bürgern und Politikern ein hohes Maß an Verantwortung.

Alle Möglichkeiten zur Energieeinsparung müssen genutzt werden. Die CDU setzt auch hier auf Verantwortungsbewußtsein und Freiwilligkeit. Sie befürwortet die Weiterentwicklung und den Einsatz von Anlagen zur Gewinnung von Energie aus nachwachsenden Energieträgern und die Nutzung alternativer Energien.

Qualitative Arbeitsmarktpolitik betreiben

Neue Arbeitsplätze werden vor allem durch Investitionen geschaffen. Nur bei hoher Wettbewerbsfähigkeit und stetigem Wirtschaftswachstum wird es möglich sein, vor allem für die in das Erwerbsleben eintretenden geburtenstarken Jahrgänge, eine ausreichende Zahl von Arbeitsplätzen zu schaffen.

Im Hinblick auf die große Arbeitslosigkeit befürwortet die CDU Rheinland-Pfalz eine flexiblere Gestaltung des Arbeitsmarktes unter ver-

antwortlicher Beteiligung der Tarifpartner. In diesem Zusammenhang mißt sie der verstärkten Bereitstellung von Teilzeitarbeitsplätzen sowie der Arbeitsplatzteilung (job-sharing), wo immer dies möglich und von den Aufgaben her zu rechtfertigen ist, besondere Bedeutung bei.

Die CDU Rheinland-Pfalz befürwortet den Vorschlag, die Lebensarbeitszeit flexibler zu gestalten. Dabei müssen die Interessen der Arbeitnehmer, die Notwendigkeiten der Wirtschaft und die Finanzierbarkeit unseres Systems der sozialen Sicherheit in Übereinstimmung gebracht werden.

Berufliche Bildung gibt Sicherheit

Verstärkte Anstrengungen sind notwendig zur Verbesserung der beruflichen Aus- und Fortbildung, um die Beschäftigungsrisiken junger Menschen zu vermindern und die Wiedereingliederungschancen von Arbeitslosen zu erhöhen. Das duale Ausbildungssystem erleichtert den Übergang der jungen Menschen in das Arbeits- und Berufsleben und vermittelt einen anerkannt hohen Ausbildungsstand.

Unser Vertrauen in das Verantwortungsbewußtsein der Wirtschaft für die Heranbildung des Nachwuchses ist bestätigt worden. Die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe kann nachhaltig nur durch eine grundlegende Verbesserung der Rahmenbedingungen unter Verminderung des Kostendruckes gestärkt werden. Dazu gehören auch der Abbau ausbildungshemmender Vorschriften sowie eine maßvolle Ausbildungsvergütung. Die CDU widersetzt sich allen Versuchen unnötiger Bürokratisierung und Reglementierung der Berufsausbildung.

Die staatlichen Förderungsmaßnahmen zur Ausweitung des Ausbildungsplatzangebotes müssen sich auf besondere Problemgruppen, wie Jugendliche ohne Hauptschulabschluß, Sonderschulabgänger und ausländische Jugendliche, konzentrieren. Die bestehenden Förderungsprogramme sind fortzuführen, solange es mehr Lehrlinge als Ausbildungsplätze gibt.

Überbetriebliche Ausbildungsstätten und der Ausbildungsverbund erleichtern die Ausbildung im mittleren und kleineren Betrieb, tragen zum Abbau regionaler Ausbildungsplatzdefizite bei und können in Zukunft verstärkt zur Verbesserung des beruflichen Grundbildungsjahres genutzt werden. Junge Menschen müssen bessere Informationen über Ausbildung und Beschäftigung in den einzelnen Berufsbereichen erhalten, um nicht mit falschen Erwartungen in das Leben und den Beruf einzutreten. Jungen Frauen müssen Ausbildungs-

und Beschäftigungsmöglichkeiten über die traditionellen Berufe hinaus eröffnet werden.

Angesichts einer weiter steigenden Studentenzahl werden wir die jungen Menschen über die Risiken eines Hochschulstudiums aufklären, da zu befürchten ist, daß für einen Teil der künftigen Akademiker keine adäquaten Arbeitsplätze zur Verfügung stehen.

Der zu erwartende Rückgang der betrieblichen Auszubildungsverhältnisse wird noch in diesem Jahrzehnt den heute schon teilweise bestehenden Facharbeitermangel weiter verstärken. Die CDU sieht eine wesentliche Aufgabe der Bildungspolitik in den kommenden Jahren darin, eine weitere Auseinanderentwicklung zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem zu verhindern.

Die Leistungsfähigkeit des Mittelstandes stärken

Die mittelständische Wirtschaft in Rheinland-Pfalz braucht Rahmenbedingungen, die es ihr ermöglichen, befreit von überflüssigen Hemmnissen arbeiten zu können. Ideenreichtum und Leistungsbereitschaft einer breit gefächerten mittelständischen Wirtschaft - des Handels, des Handwerks und der Freien Berufe - sind Grundlage für die Weiterentwicklung der Erwerbs- und Wirtschaftsstruktur. Leistungswille und Bereitschaft zur Selbständigkeit müssen daher gestärkt werden. Dies erfordert vor allem leistungsfreundliche gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen und eine Verringerung vermeidbarer Tätigkeiten der öffentlichen Hand zugunsten privater Initiativen und unternehmerischer Eigenverantwortung. Hilfen zur Selbsthilfe, Erleichterungen bei Existenzgründungen, Förderung des technischen Fortschritts und der Kooperation sind Kernstücke der CDU-Mittelstandspolitik.

Im Fremdenverkehr konkurrenzfähiger werden

Auch in konjunkturell schwierigen Zeiten hat sich der Fremdenverkehr als ein stabiler Wirtschaftszweig in unserem Land erwiesen. Schwerpunkte der Fremdenverkehrspolitik sind die Verbesserung des Angebotes, eine ideenreiche Werbung und die qualifizierte Aus-, Fort- und Weiterbildung. Ein Beispiel der Fremdenverkehrsförderung ist der 1981 begonnene Ausbau des Nürburgringes.

Der neue Nürburgring wird sich als Kristallisationspunkt für die weitere Strukturverbesserung in dieser Region erweisen.

In Heilbädern und Kurorten haben die Kostendämpfungsmaßnahmen im Gesundheitswesen und der drastische Rückgang der Kuranträge erhebliche Einbußen verursacht, mit negativen Folgen für den

Arbeitsmarkt und die Fremdenverkehrswirtschaft. Es bedarf deshalb gezielter Initiativen, um dieser Entwicklung wirksam gegenzusteuern.

2. Vorrang für die bäuerliche Landwirtschaft im lebensfähigen ländlichen Raum

Ziel der Agrarpolitik der CDU ist eine leistungsfähige Landwirtschaft. Das Nebeneinander von Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieben und die dadurch gegebene breite Streuung des Eigentums an Grund und Boden sollen erhalten bleiben.

Die CDU fordert und unterstützt eine Agrarpolitik, die dem bäuerlichen Familienbetrieb eine angemessene Teilnahme an der allgemeinen Einkommensentwicklung garantiert. Die Agrarpolitik des Bundes und der EG hat in den vergangenen Jahren die Landwirtschaft immer weiter von diesem Ziel entfernt. Markt- und Preispolitik sind die wichtigsten Instrumente, um leistungsfähigen landwirtschaftlichen Betrieben ausreichendes Einkommen zu sichern. Von der unternehmerischen Leistung unabhängige direkte Einkommenshilfen lehnt die CDU aus ordnungs- und gesellschaftspolitischen Gründen ab.

Die CDU tritt für eine Agrarpolitik ein, die unsere Nahrungsmittelversorgung nicht in noch größerem Umfang vom Weltmarkt abhängig macht, denn eine solche Entwicklung wäre weder aus der Sicht des Verbrauchers noch der Landwirtschaft zu verantworten, weil sie

- die Versorgung unserer Bevölkerung im Krisenfall gefährdet,
- die Handelsbilanz belasten würde und
- durch zusätzlichen Einkommensdruck auf die Landwirtschaft die arbeitsmarktpolitischen Schwierigkeiten in den ländlichen Räumen noch beträchtlich vergrößern würde.

Der erhebliche Einsatz finanzieller Mittel für die Agrarstrukturpolitik dient nicht nur der Verbesserung der wirtschaftlichen Grundlagen der Landwirtschaft. Er trägt gleichzeitig zur Stabilisierung der Gesamtsituation in den ländlichen Räumen bei. In der Agrarstrukturpolitik wird die CDU ihre klare Konzeption fortsetzen. Ihre landwirtschaftlichen Entwicklungsprogramme für die strukturschwachen Räume sind über Rheinland-Pfalz hinaus anerkannt als Beispiel für die enge Koordinierung zwischen Agrarstruktur- und Regionalpolitik. Die Fördermittel zur Verbesserung der Agrarstruktur werden schwerpunktmäßig für die überbetrieblichen Maßnahmen der Flurbereinigung, der Wasserwirtschaft und der Marktstruktur-

verbesserung eingesetzt, die einem weiten Kreis von Landwirten helfen, ihre Wettbewerbsfähigkeit auszubauen.

Der Wettbewerbsstellung des heimischen Weinbaus innerhalb der europäischen Gemeinschaft dienen die Verbesserung der Produktionsgrundlagen im Weinbau und die weitere Anhebung des Qualitätsniveaus. Die Marktposition der Erzeuger ist nur über eine solidarische Zusammenfassung des bisher noch stark zersplitterten Angebotes zu verbessern. Die CDU wird die finanziellen Mittel zur Verbesserung der Marktstruktur auch in den nächsten Jahren mit Vorrang für die Fortentwicklung von Erzeugergemeinschaften in den Weinbaugebieten einsetzen.

Mit besonderer Intensität wird sie sich auch der Kontrollprobleme der rheinland-pfälzischen Weinwirtschaft annehmen und insbesondere alles daransetzen, daß Manipulationen mit Auslandswein wirkungsvoll unterbunden werden.

Die Landesregierung hat über viele Jahre die Anwendung der überbürokratischen EG-Begleitscheinverordnung zurückgestellt und hat sich um Vereinfachung bemüht. Sie wurde dafür von der SPD heftig angegriffen. Nachdem das neue Weingesetz nunmehr die fehlenden Strafbestimmungen enthält, mußte in Rheinland-Pfalz das EG-Begleitscheinverfahren eingeführt werden, wie es auch einige Weinbauverbände gefordert haben. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß diese Bestimmungen zu einem für die Winzer nicht zumutbaren Verwaltungsaufwand führen. Die CDU unterstützt deshalb die der EG seit langem vorliegenden Vereinfachungsvorschläge der Landesregierung Rheinland-Pfalz.

Die Initiative der Weinbaupraxis, Weine der unteren Qualitätsstufe in Erzeugerzusammenschlüssen zu Sekt zu verarbeiten, um das Preisniveau für Qualitätsweine zu verbessern und zu stabilisieren, wird begrüßt. Die CDU fordert die Bundesregierung auf, sich in Brüssel mit Nachdruck dafür einzusetzen, daß die Bezeichnung „Deutscher Sekt“ künftig nur noch geführt werden darf, wenn ausschließlich deutsche Grundweine verwendet werden.

3. Die Funktion des Waldes stärken

In Rheinland-Pfalz sind mehr als 40 % der Landesfläche mit Wald bestockt. Der größte Teil dieser Gesamtwaldfläche von 800.000 ha ist Körperschaftswald (50 %) und Privatwald (20 %), der Staatswaldanteil beträgt 26 %. Die Waldfläche nahm von 1970 bis 1980 um rund 10.000 ha zu.

Angesichts weltweiter Rohstoffverknappung und eines weiter zunehmenden Holzbedarfs ist die Holzproduktion von wachsender Bedeutung. Die CDU verfolgt daher eine Forstpolitik mit dem Ziel, die Forstbetriebe des Landes, der Gemeinden und der Privaten aus sich selbst heraus lebensfähig und das breit gestreute Waldeigentum funktionsfähig zu erhalten.

Mehr als 250 Mio. DM jährliche Bruttoeinnahmen und die Beschäftigung von rund 6.000 Arbeitskräften sind Ausdruck der wirtschaftlichen Bedeutung des Waldes. Ebenso bedeutsam sind seine ökologische und seine Schutz- und Erholungsfunktion.

4. Den Wohnungsbau fördern

Die Belegung des Wohnungsbaus sichert und schafft Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft und in benachbarten Wirtschaftsbereichen. Die Landesregierung und mit ihr die CDU-geführten Bundesländer haben im Bundesrat Initiativen ergriffen, um das Bauen wieder lohnend und vor allem bezahlbar zu machen. Ziel dabei ist, die verkrustete und die über weite Strecken unsozial gewordene Politik des sozialen Wohnungsbaus in Bewegung zu bringen, hierfür brachliegendes Kapital zu mobilisieren und den Erwerb von Wohneigentum steuerlich stärker zu begünstigen. Erste Erfolge sind bereits sichtbar: Durch eine maßvolle Anhebung der Zinsen auf staatliche Wohnungsbaudarlehen aus den 50er und 60er Jahren sind dem Land Millionenbeträge zugeflossen. Bereits 1982 konnten mit diesem Geld 1.000 Sozialwohnungen zusätzlich gebaut werden. Außerdem können in den Jahren 1982/83 trotz der erheblichen Anhebung der Fördersätze im sozialen Wohnungsbau mehr Wohnungen gefördert werden als in den Vorjahren. Auch die Reform der Landesbauordnung bringt weitere Vereinfachung und beschleunigt geplante Bauvorhaben.

Die neue Bundesregierung leistet weitere Beiträge zur Belegung des Wohnungsbaus: Der Schuldzinsenabzug beim Neubau von Eigenheimen und die Bezuschussung der Zwischenfinanzierung bedeuten eine spürbare Entlastung bei den Finanzierungskosten. Dies wird vielen privaten Bauherren zusammen mit den sinkenden Zinsen die Entscheidung, jetzt zu bauen, erleichtern.

Der Mietwohnungsbau wird ebenfalls zusätzlich gefördert: Zum einen durch eine vernünftige Anpassung des Mietrechts an die Lage auf dem Wohnungsmarkt und zum anderen durch Geld, das durch die besondere Abgabe für höhere Einkommen aufgebracht wird.

Diese Maßnahmen sind geeignet, zu einer ersten Stabilisierung in der Bauwirtschaft zu führen und auch in benachbarten Wirtschaftsbereichen belebend zu wirken.

5. In die neuen Informations- und Kommunikationstechniken investieren

Die CDU Rheinland-Pfalz tritt dafür ein, die neuen Techniken der Nachrichtenübertragung und Informationsverbreitung verstärkt zu nutzen, erweiterte Dienste und Kommunikationsformen zu entwickeln und mehr Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt zu garantieren.

Das Kabelpilotprojekt Ludwigshafen ist das erste Modell, das zeigen soll, wie wir die elektronischen Kulturtechniken für die freiheitliche, demokratische Gesellschaft der Zukunft nutzbar machen können. Es setzt darüber hinaus erhebliche private Investitionen frei. Wir erwarten, daß die neue Bundesregierung uns hilft, zügig weitere Investitionen zu ermöglichen.

Neben allen positiven Möglichkeiten der neuen Medien sieht die CDU jedoch auch Probleme für die Gesellschaft und gerade für Kinder, die in der neuen Medienlandschaft mit ihrem großen Angebot aufwachsen. Wir alle müssen lernen, mit der Vielfalt richtig umzugehen.

B. In den natürlichen Lebensgrundlagen die Basis unserer Zukunft sichern

1. Unser Leben wieder stärker als Einheit sehen

Zukunftsorientierung der Politik heißt für die CDU Rheinland-Pfalz, unser Leben wieder stärker als Einheit und in all seinen Bezügen zu sehen. Durch die ungeheure Steigerung unserer wirtschaftlichen Möglichkeiten, durch Wissenschaft und Technik haben wir uns immer wieder neue Räume der Freiheit eröffnet. Unsere moderne Zivilisation beruht auf dieser gewaltigen Explosion der existentiellen Freiheitsräume und ihrer Nutzung. Heute erfahren wir allerdings immer handgreiflicher, daß der unvernünftige Gebrauch dieser von uns selbst geschaffenen Möglichkeiten die gewonnenen Freiräume auch wieder einschränken oder sogar vernichten kann. Zwischen der Erweiterung der Freiheitsräume und ihrer sinnvollen Nutzung besteht ein unlösbarer Zusammenhang. So sind die Sicherung unserer geschaffenen Möglichkeiten der Freiheit und die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen untrennbar miteinander verbunden. Wenn wir auch in Zukunft menschenwürdig leben wollen, müssen wir beachten, daß Freiheit nicht Bindungs- und Hemmungslosigkeit, sondern immer zugleich Verantwortung und Selbstdisziplin ist.

Deshalb darf es dort, wo es darum geht, Arbeit und die materiellen Lebensgrundlagen zu sichern, ökologische Wirkungen für Gegen-

wart und Zukunft zu beurteilen, Nutzungskonflikte zu lösen oder neue Technologien auf ihre Risiken hin abzuschätzen, kein Zurückweichen vor der Entscheidung oder interessenbestimmte Einäugigkeit geben. Für die CDU gehört deshalb zu verantwortlicher und zukunftsbezogener Politik in Rheinland-Pfalz - einer der ältesten Kulturlandschaften Mitteleuropas - neben der wirtschaftlichen Zukunftssicherung

- verantwortlich mit den uns von der Natur anvertrauten Lebensgrundlagen umzugehen,
- die Verbindung zu unserer geschichtlichen Herkunft nicht abreißen zu lassen,
- für die geistige und künstlerische Durchdringung unserer Zeit Raum zu lassen,
- unseren Dörfern und Städten sowie unserer unmittelbaren Lebensumwelt ein eigenes unverwechselbares Gepräge zu geben.

2. Schutz von Natur und Umwelt ist Verpflichtung aller

Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel nannte in seiner Regierungserklärung 1979 den Umweltschutz eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Die Erhaltung und Gestaltung einer lebenswerten Umwelt ist und bleibt ein Schwerpunkt der CDU-Politik. Das christliche Menschen- und Weltbild verpflichtet die CDU dazu, sich dieser Herausforderung zu stellen. Für die CDU ist der Mensch zugleich Nutznießer und Hüter der Schöpfung. Die Forderung nach Maß und Selbstbeschränkung im Umgang mit dieser Erde, die uns immer drängender besonders von der Jugend vorgetragen wird, ist aus diesem Verständnis des Verhältnisses von Mensch und Schöpfung heraus konsequent. Wir müssen die Folgen, die sich aus unseren Eingriffen in die Natur und aus unserem Verbrauch von Rohstoffen und Energien ergeben, erkennen. Das sind wir kommenden Generationen, aber auch den Menschen in der Dritten Welt schuldig.

Verantwortung für die geschaffene Welt ist aber zugleich Verantwortung für den Menschen in seiner Besonderheit als Kulturwesen, dessen Überleben ohne Gebrauch der Schöpfung nicht möglich ist. Christlicher Auffassung entspricht es nicht, Mensch und Natur gegeneinander auszuspielen. Der Mensch darf und soll auch auf Kosten der Natur leben, d. h. satt werden und seine kulturelle Existenz sichern. Daraus folgt ebenso zwingend das Verbot, die Schöpfung oder ganze Teile von ihr willkürlich zu vernichten.

Verzicht und Opfer sind für die CDU sinnvoll. Aus diesem Geist heraus gewinnt Umweltpolitik unterscheidbare Konturen zu sozialistischen und liberalen Konzepten.

Die CDU baut ihre Umweltpolitik auf klaren Grundsätzen auf:

a) Der Schutz der natürlichen Umwelt ist untrennbar verbunden mit der Gestaltung der sozialen Umwelt und den wirtschaftlichen Lebensgrundlagen.

b) Unser Handeln vertraut auch bei dem Schutz und der Gestaltung der Umwelt auf die wachsende Einsicht und die aktive Mitwirkung jedes Bürgers.

c) Die Vorsorge vor Beeinträchtigungen und Schäden ist Grundprinzip unserer Umweltpolitik. Dieses Prinzip mündet ein in die Forderung, daß der Verursacher für die Beseitigung von Schäden, wo immer möglich, aufkommen muß. Dies ist auch der Weg, staatlich verordnete und bürokratische Gebote und Verbote durch ordnungspolitisch passendere Anreize für freiwilliges umweltverträgliches Handeln zu ersetzen. Das Eigeninteresse des einzelnen muß stärker für eine aktive Umweltgestaltung geweckt werden. Umwelterziehung, Umweltforschung und Umweltaufklärung einerseits, Umweltverträglichkeitsanalysen bei Großprojekten andererseits vervollständigen die ordnungspolitischen Einflußmöglichkeiten.

d) Den Umweltgefahren in einer hochindustrialisierten, arbeitsteiligen Gesellschaft, noch dazu in einem dicht besiedelten Land mit intensiver Landwirtschaft, können wir nicht durch Einzelmaßnahmen begegnen. Unsere Umweltpolitik muß daher gesamt-ökologisch ausgerichtet sein.

Darüber hinaus muß noch ein weiterer Aspekt einer aktiven Umweltpolitik gesehen werden: Sie dient nicht nur dem Ziel, eine menschenwürdige, natürliche Umwelt zu bewahren und für die Zukunft zu sichern, sondern sie eröffnet auch neue Beschäftigungsmöglichkeiten und schafft dadurch neue Arbeitsplätze.

Wir sind uns der weltweiten Herausforderung bewußt, die mit dramatisch steigender Weltbevölkerung und begrenzten Rohstoffen und Energiequellen verbunden ist. Dies verpflichtet uns in allen Bereichen zu Sparsamkeit und sinnvollem Umgang mit unseren natürlichen Hilfsmitteln: Weniger Energieverbrauch führt zu geringeren Umweltbeeinträchtigungen bei Energieerzeugung und -transport; weniger Abfall durch Sortieren und Recycling vermindert Umweltbelastungen.

Naturschutz und Landschaftspflege

Staatliche und kommunale Instanzen sind aufgerufen, bei allen Planungs- und Erschließungsmaßnahmen die Folgen für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes zu beachten. Die CDU fordert daher Umweltverträglichkeitsprüfungen für raumbeanspruchende und landschaftsbeeinträchtigende Projekte. Der Verbrauch freier Landschaft muß eingeschränkt werden. Das kann auch bedeuten, auf ein geplantes Projekt zu verzichten. So werden wir beispielsweise die Rheinbrücke Bingen-Geisenheim nicht bauen.

Eine entsprechende Verpflichtung, Umweltbelange zu berücksichtigen, trifft auch die Wirtschaft für ihre Vorhaben und Produktionsprozesse. Die weitgehende Beachtung landespflegerischer Anliegen und umweltpolitischer Zielsetzungen bei der Standortwahl, bei der Dimensionierung und beim Bau von Anlagen sowie beim Betrieb, trägt im übrigen erheblich dazu bei, daß notwendige Produktionsstätten und Infrastrukturprojekte von der Bevölkerung auch angenommen werden.

Unser Ziel ist es, daß mindestens 1 % der Landesfläche als Naturschutzgebiete ausgewiesen werden. Damit können wir auch die Naturschutzgebiete räumlich und funktional zu einem sich wechselseitig ergänzenden Netz weiterentwickeln und damit Lebensbereiche bedrohter Tiere und Pflanzen sichern.

Jeder einzelne Bürger kann in seinem Verhalten gegenüber Pflanze und Tier einen wichtigen Beitrag zum Schutz von Natur und Umwelt leisten, im sparsamen Umgang mit Pflanzenschutzmitteln im eigenen Garten ebenso wie durch sein Freizeitverhalten.

Unsere vielfältig gegliederte Kulturlandschaft und ihre hohe Artenvielfalt an Pflanzen und Tieren ist das Erbe der bäuerlichen Agrarstruktur, wie sie sich in den vergangenen Jahrhunderten in Mitteleuropa entwickelt hat. Dieses Erbe ist gefährdet, wenn es nicht gelingt, die bäuerliche Struktur unserer Landwirtschaft zu erhalten. Die CDU lehnt daher alle agrarpolitischen Entwicklungstendenzen ab, die den landwirtschaftlichen Familienbetrieb gefährden und die Entstehung von Großfarmen nach überseeischem Vorbild begünstigen.

Die Frage, wie sich die modernen Produktionsmethoden der Landwirtschaft auf die Qualität unserer Nahrungsmittel und unserer Umwelt auswirken, findet in der Öffentlichkeit eine immer größere Aufmerksamkeit. Zumeist wissenschaftlich nicht fundierte Berichte haben in den letzten Jahren die Bevölkerung in erheblichem Maße verunsichert.

Die CDU wird alle Bemühungen unterstützen, die noch vorhandenen Konflikte zwischen Ökologie und Ökonomie in der Landwirtschaft abzubauen.

Hauptziel wird es dabei sein:

- gesunde, qualitativ hochwertige Nahrungsmittel zu erzeugen,
- Belastungen des Grundwassers zu vermeiden,
- eine vielfältig gegliederte Landschaft zu erhalten,
- die Artenvielfalt von Flora und Fauna zu sichern

Die Eigenverantwortung des Produzenten für gesunde Lebensmittel ist mit einer leistungsfähigen Lebensmittelkontrolle zu verbinden. Klare, wissenschaftlich begründete Grenzwerte müssen erarbeitet werden, damit die Unsicherheit bei den Bürgern dauerhaft abgebaut wird.

Luftreinhaltung

Der sparsame Gebrauch des Kraftfahrzeuges, eine verbrauchsminimierende Fahrweise und die regelmäßige Wartung des Autos können - in großem Umfang praktiziert - wesentlich dazu beitragen, daß die Belastung der Luft mit Schadstoffen vermindert wird und die Mitbürger weniger Lärm ausgesetzt werden. Auch ein sparsamer Umgang mit elektrischer Energie und mit Heizmaterial im privaten Bereich vermögen wichtige Beiträge zur Reinhaltung der Luft zu leisten.

In größerem Umfang trifft diese Verantwortung Wirtschaft und Industrie, insbesondere die Energiewirtschaft. Hier muß der Stand der Technik verwirklicht und mit großem Einsatz weiterentwickelt werden, um bei Verbrennungs- und Produktionsvorgängen Schadstoffe direkt an der Entstehungsquelle durch Filteranlagen zurückzuhalten. Die Verminderung von Emissionen ist unser Ziel.

Die festgesetzten Grenzwerte müssen danach überprüft werden, inwieweit sie den Schutz der menschlichen Gesundheit noch voll sicherstellen und ob sie dem Schutz besonders empfindlicher Tiere und Pflanzen gerecht werden. Die CDU fordert daher die kurzfristige Vorlage einer neuen TA Luft, die diesen Zielen entspricht, mehr Rechtssicherheit für das Genehmigungsverfahren ermöglicht und über eine Sanierungsklausel eine Besserung in besonders belasteten Gebieten garantiert. Ebenso muß eine Verordnung für Großfeuerungsanlagen vorgelegt werden, die insbesondere eine gezielte Verbesserung bei den alten Kraftwerken ermöglicht.

In den Belastungsgebieten Ludwigshafen/Frankenthal und Mainz/Budenheim muß der begonnene Einbau von Luftreinanlagen in

den Betrieben auf der Grundlage der vorhandenen Luftreinhaltepläne zügig fortgeführt werden.

Die CDU begrüßt, daß mit einem speziellen Meßprogramm die Wirkung des sauren Regens detailliert untersucht werden soll. Ein entsprechender Maßnahmenkatalog muß folgen.

Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung

Die herausragende Bedeutung des Wassers für das menschliche Leben zwingt dazu, die Wasserversorgung nach Menge und Güte, die ökologischen Erfordernisse des Gewässerschutzes und die geordnete Abwasserbeseitigung im Zusammenhang zu sehen und zu lösen.

Der Trinkwasserversorgung der Bevölkerung muß der Vorrang vor allen konkurrierenden Nutzungsinteressen eingeräumt werden. Zur Sicherung der Wasserversorgung in allen Gebieten des Landes ist der Bau großräumiger Versorgungssysteme erforderlich und ein Zusammenschluß von Versorgungsträgern anzustreben. Für die Trinkwasserversorgung ist in erster Linie das Grundwasser als qualitativ beste Wasserreserve zur Verfügung zu halten. Der industrielle und gewerbliche Wasserbedarf ist in noch größerem Umfang als bisher aus oberirdischen Gewässern zu decken.

Der allgemein starke Anstieg des Wasserverbrauchs in den letzten Jahrzehnten hat gleichzeitig zu einer außerordentlichen Erhöhung des Abwasseranfalls und damit zu einer massiven Belastung der Gewässer geführt. Der Bau von weiteren mechanisch-biologischen Abwasserkläranlagen muß daher mit Vorrang betrieben werden. Zur Überwachung der gesamten Abwasserbeseitigung und des Gütezustandes der Gewässer ist eine Erweiterung des Überwachungs- und Kontrollnetzes durch zusätzliche Meßstationen an den wichtigsten Gewässern unseres Landes erforderlich.

Durch die Neuregelung der Abwasserbeseitigung und die Neufassung des Wassergesetzes hat das Land Rheinland-Pfalz ein Instrumentarium geschaffen, womit die in den 80er Jahren anstehenden Fragen der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung und des Hochwasserschutzes gelöst werden können.

Abfallbeseitigung und Abfallverwertung

Infolge des gestiegenen Umweltbewußtseins und Umweltverständnisses fragt der Bürger als Verbraucher mehr und mehr nach Produkten, die weniger Abfall verursachen, deren Rohstoffe aus dem Abfall

rückgewonnen werden können oder die selbst schon aus rückgewonnenen Rohstoffen bestehen. Die Verringerung der Abfallmenge muß Priorität vor der Abfallbeseitigung haben. Dieser Entwicklung muß die Wirtschaft entgegenkommen und verstärkt entsprechende Produkte anbieten. Knappe Rohstoffe heute schon so weit als möglich zu ersetzen, wird sich für die Wirtschaft in Zukunft auszahlen. Für die Hinwendung von der bloßen Abfallbeseitigung zur Abfallwirtschaft werden wir geeignete Rahmenbedingungen schaffen.

Der Weg, umweltfreundliche Produkte etwa durch steuerliche Begünstigung zu fördern, muß weitergegangen werden. Dabei müssen Abfallminderung und Möglichkeiten der Rohstoffrückgewinnung zentrale Förderungskriterien sein. Darüber hinaus sind neuere Abfalltechnologien verstärkt einzusetzen. Abfallkompostierung und Abfallverbrennung - unter gleichzeitiger Nutzung der erzeugten Wärme - müssen weiterentwickelt werden. Beim Einsatz dieser Technologien ist der jeweilige Stand der Technik zur Vermeidung von Umweltbelastungen zu verwirklichen.

Auch in Zukunft kommen wir ohne Ablagerung von Abfällen nicht aus. Zumindest sind Reste- und Ausfalldeponien notwendig. An die Deponien müssen künftig jedoch noch strengere Anforderungen gestellt werden. Die Gefährdung des Grundwassers ist durch Abdichtung und Sickerwasserbehandlung auszuschließen, mögliche Belästigungen, etwa durch Geruchsbildung, sind vorbeugend zu vermeiden.

Die CDU begrüßt es, daß die Landesregierung kurzfristig einen Abfallbeseitigungsplan für Rheinhessen-Pfalz vorlegen wird. Sie vertraut auf die Einsicht des Bürgers, wenn die zum Schutz der Umwelt gebotenen Auflagen zu einem begrenzten Anstieg der Beseitigungsgebühren führen.

Schutz vor Lärm

Die Gemeinden sind aufgerufen, im Rahmen der Bauleitplanung ihr Augenmerk noch stärker auf den Lärmschutz zu richten. Es sind lärmberuhigte Gebiete auszuweisen und eine Verkehrslenkung vorzusehen, die Lärm vermindert. Die bei dem in Koblenz durchgeführten Pilotprojekt zur Lärminderung gewonnenen Kenntnisse lassen sich auf lärmbelastete Bereiche anderer Gemeinden übertragen. Die deutschen und alliierten Streitkräfte müssen sich beim Flugverkehr konsequenter an die selbst eingegangenen Verpflichtungen halten. Der Lärmschutz am Arbeitsplatz muß weiter verbessert werden.

Abgewogene und zeitgerechte Entscheidungen im Umweltschutz

In Bereichen der Politik, die es mit komplexen Zusammenhängen zu tun haben, wie die Landesentwicklungs- und Umweltpolitik, bejahen wir die Teilhabe der Bürger. Pflicht des Staates und der politischen Parteien ist es, Interessen auszugleichen und notwendige Entscheidungen zeitgerecht zu fällen. Die Verbandsklage lehnen wir aus verfassungspolitischen Gründen ab.

Gerade im Naturschutz hat sich die ehrenamtliche Hilfe vieler engagierter Bürger als unersetzlich erwiesen. Die Erfassung bedeutsamer Lebensräume für Tiere und Pflanzen (sogenannte Biotopkartierung) wäre ohne Mitwirkung fachkundiger Bürger nicht denkbar gewesen.

3. Unserer unmittelbaren Lebensumwelt ein unverwechselbares Gepräge geben

Bei aller Weitläufigkeit der modernen Gesellschaft hat die unmittelbare Lebenswelt, hat die Heimat ihre Bedeutung für den Menschen behalten. Dies verpflichtet uns dazu, ihr ein unverwechselbares Gepräge zu geben. In unseren Städten und Gemeinden sollen historische, soziale und kulturelle Bezüge wieder stärker spürbar und erfahrbar werden. In den nächsten Jahren wird hier unter anderem eine wichtige Aufgabe der Denkmalpflege liegen.

Ein landeseigenes Programm zur Dorferneuerung, das Maßnahmen in Ortsgemeinden besonders fördert, hilft den Wohnwert zu erhöhen und den Charakter der Orte im ländlichen Raum zu erhalten.

Die CDU Rheinland-Pfalz hat sich den Vorschlag von Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel zu eigen gemacht, jährlich einen Rheinland-Pfalz-Tag zu feiern. Ziel ist es dabei, unserem heutigen Lebensgefühl Ausdruck zu geben und für möglichst viele Menschen die Verbindung zu unserem Land, seiner Geschichte und Kultur herzustellen. Es bietet sich an, für den ersten Rheinland-Pfalz-Tag Koblenz und das Deutsche Eck, ein Symbol deutscher Einheit, und darauf folgend Trier mit seiner 2000jährigen Geschichte zu wählen.

4. Künstlerischer und geistiger Durchdringung unserer Zeit Raum geben

Die Hinwendung zur kulturellen Tradition und künstlerisch-geistiger Durchdringung unserer Zeit kann nicht verordnet werden. Sie

braucht Spielraum und Freiheit, Vielfalt und Offenheit. Der Staat kann das Grundbedürfnis nach Sinn und geistiger Orientierung letztlich nicht befriedigen. Seine Aufgabe ist es, geistiges und kulturelles Leben zu unterstützen und den Impulsen aus Kunst, Musik und Literatur, aus Schule und Hochschule Raum zu geben. Kultur ist Ausdruck von Freiheit und Menschlichkeit.

Kunst und Kultur sind aber auch notwendiger Bestandteil der Bildung junger Menschen. Kunst- und Kulturförderung sind Langzeitinvestitionen einer freien Gesellschaft. Die in Rheinland-Pfalz in diesem Sinne behutsam eingesetzte staatliche Kunst- und Kulturförderung gilt es, auch unter den wirtschaftlich schwierigen Bedingungen, fortzusetzen. Dabei ist der engen Wechselwirkung zwischen Kunstschaffen als Profession und der künstlerischen Betätigung aus Liebhaberei Rechnung zu tragen. Beide brauchen einander. Beide brauchen Unterstützung und Anerkennung.

5. Mehr Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt

Die Entwicklung neuer Medien kommt dem Wunsch nach mehr Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt sowie dem Bedürfnis, Ideen, Wissen und Kultur zu verbreiten, politische Teilnahme zu erleichtern und Ereignisse zu vermitteln, sehr entgegen. Hinzu kommt, daß Wissen und Information zu einem der wichtigsten Produktionsfaktoren in der modernen Industriegesellschaft geworden sind. Die tatsächliche Situation im Medienbereich entspricht dagegen keineswegs den vorhandenen Möglichkeiten und Notwendigkeiten. Es gibt aufs Ganze gesehen zuviel gleichartige und zuwenig verschiedenartige und vor allem individuelle Auswahlchancen und Kommunikationsmöglichkeiten.

Deshalb tritt die CDU Rheinland-Pfalz dafür ein, die neuen Techniken der Nachrichtenübertragung und Informationsverbreitung verstärkt zu nutzen, erweiterte Dienste und Kommunikationsformen zu entwickeln und mehr Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt zu garantieren. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat sich bewährt und wird Zukunft haben. Aber er wird durch freie Anbieter von Informationen und Programmen Konkurrenz erhalten.

Das Kabelpilotprojekt Ludwigshafen ist geeignet, Erkenntnisse zu gewinnen, wie wir die elektronischen Kulturtechniken für die freiheitliche, demokratische Gesellschaft der Zukunft nutzbar machen können.

C. Die Lebenstüchtigkeit junger Menschen und ihre Zukunftschancen fördern

Das Ziel der CDU Rheinland-Pfalz ist die moderne und menschliche Schule, die lebenstüchtig und Mut zum Leben macht. Diese Schule weckt und fördert alle Talente, die im Kind angelegt sind; sie entfaltet alle Kräfte, die ein menschliches und erfülltes Leben sichern: Die Kräfte des Verstandes und des Gefühls, die sozialen und die künstlerischen, die praktischen und die körperlichen Fähigkeiten.

Eine solche ganzheitliche Erziehung ist nur möglich, wenn sich Lehrer und Eltern als Partner verstehen und an der einzelnen Schule vertrauensvoll zusammenarbeiten.

Die Schule soll die jungen Menschen an die menschlichen und beruflichen Anforderungen, die das Leben an sie stellen wird, schrittweise und altersgemäß heranführen. Die Bildungspolitik der CDU will nicht aus jedem Schüler einen Abiturienten machen, sondern das Kind zu einem Schulabschluß führen, der seiner Begabung, seiner Leistungsfähigkeit entspricht.

1. Jeder braucht seine persönliche Bildungschance

Eine begabungsgerechte Förderung junger Menschen wird wirksam gesichert durch ein gegliedertes Schulwesen, das jedem Schüler die Chance gibt, Lernerfolge zu erleben, seine Begabung zu entfalten und einen qualifizierten Abschluß zu erreichen. Die Gesamtschule kann, wenn gleichwertige Leistungsfähigkeit gegeben ist, das schulische Angebot ergänzen.

Ein gegliedertes Schulwesen sichert Wahlfreiheit für Eltern und Schüler. Sie wird ergänzt durch das Angebot freier Schulträger, die in Rheinland-Pfalz den Spielraum haben, eigengeprägte Formen von Unterricht und Erziehung zu entwickeln.

Die Entscheidung für eine Schulart führt in keine Sackgasse; jede Entscheidung kann überdacht und korrigiert werden, wenn sich der Schüler anders entwickelt, als Eltern und Lehrer zunächst erwartet haben. Beratung hilft den Bildungsweg zu finden.

Der Bezug von Bildung und Ausbildung zu den Anforderungen in Wirtschaft und Gesellschaft muß erhalten bleiben. Deshalb müssen wir die jungen Menschen in den kommenden Jahren verstärkt zu beruflicher Qualifikation und sozialer Mobilität hinführen. Dies liegt in ihrem eigenen Interesse und im Interesse der Allgemeinheit. Wir wollen die jungen Menschen in die Lage versetzen,

- aufgrund richtiger Einschätzung der eigenen Möglichkeiten und Fähigkeiten,
- aufgrund einer möglichst frühzeitigen umfassenden und realitätsnahen Beratung und
- aufgrund wirklichkeitsnaher Vorstellungen von der Arbeitswelt über ihren Bildungs- und Berufsweg selbst zu entscheiden.

Der Rückgang der Schülerzahlen gefährdet in Rheinland-Pfalz das vorhandene Bildungsangebot in Stadt und Land nicht. Durch eine vorausschauende Planung ist gesichert, daß die allermeisten Schulen auch bei verringerter Schülerzahl funktionsfähig bleiben. Gerade für unsere jüngsten Schüler müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um die elternhausnahe Schule zu erhalten; die Grundschule ist im besonderen Maße auf Nähe und Partnerschaft zum Elternhaus angelegt.

Vorrang der inneren Stabilisierung vor organisatorischen Änderungen

Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz hat Schulreform nie zum Selbstzweck gemacht. Reformen nur soweit wie nötig und zur besseren Förderung des Kindes

- durch Lehrer, die ihr Fach beherrschen, die ihren Schülern aber auch Verständnis und Liebe entgegenbringen und ihnen Vorbild sein wollen,
- durch Lehrpläne, die darauf abgestellt sind, was die Schüler in den verschiedenen Altersstufen tatsächlich begreifen können und was sie lernen müssen,
- durch gezielte Verbesserungen - mit Umsicht und Augenmaß.

Jede Schulart hat hier ihre besondere Aufgabe: Die Grundschule muß behutsam in schulisches Lernen einführen. Das Vermitteln der Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben und Rechnen ist ihre wichtigste Aufgabe. Sie darf nicht zur Trimm-Dich-Aktion für das Gymnasium werden. Sie darf auch nicht lern- und leistungsschwache Kinder benachteiligen und auslesen, anstatt zu fördern. Alles Lernen muß durch Individualisierung und innere Differenzierung auf das einzelne Kind abgestimmt werden, von seiner Lebenswelt ausgehen und handlungsbezogen sein.

Als Eingangsphase jeder weiterführenden Schule muß die Orientierungsstufe schrittweise an die neuen fachlichen Lernanforderungen heranführen. Die inhaltliche Abstimmung ist in der Orientierungsstufe

entscheidender als ihre Organisationsform, weil diese Abstimmung vor allem anderen die Korrektur der Schullaufbahnentscheidung erleichtert. Wo Eltern und Lehrer es wünschen, ist eine schulartübergreifende Orientierungsstufe möglich.

Die weiterführenden Schulen, Hauptschule, Realschule und Gymnasium, müssen die richtige Balance halten zwischen einer zusammenhängenden Grundbildung und dem, was die Schüler an besonderer Förderung und Herausforderung brauchen. Auch hier geht es nicht um Spezialkenntnisse, sondern um die Vermittlung von Grundlagen. Das muß auch für die gymnasiale Oberstufe gelten.

Die Lehrpläne aller Schulen müssen Platz lassen, Zusammenhänge nicht nur „denkend“ zu erfassen. Lernen in der Schule muß noch viel stärker von der konkreten Anschauung ausgehen und zum eigenen Handeln führen: im täglichen Umgang zwischen Schülern, Lehrern und Eltern oder in sozialen Aktivitäten; im Schultheater oder Werkunterricht; im Schulchor oder Schulorchester. Vor allem ist mehr Zeit zu gewinnen für Wiederholung und Übung, damit Grundwissen sicher und solide wird.

Gerade die Hauptschule hat neue Akzente gesetzt. Dabei wurde nicht nach dem Gymnasium geschielt, sondern die besonderen Fähigkeiten und Interessen ihrer Schüler aufgegriffen: Durch Arbeitslehre, stärkere Betonung der musischen und sportlichen Bildung, durch besondere Hilfen für lernschwache, besondere Angebote für lernstarke Schüler.

Den Hauptschulen besonders in städtischen Ballungsräumen, die durch die Eingliederung und Förderung von Ausländerkindern oder von verhaltensschwierigen Kindern besonders belastet sind, muß durch die zusätzliche Zuweisung von Lehrern und durch Lehrerfortbildung und durch besondere, auch ganztägige Förderungsmöglichkeiten, geholfen werden.

Sonderschulen sind für Kinder und Jugendliche eingerichtet, die eine besondere Förderung brauchen, um ihre Fähigkeiten zu entwickeln. Dafür fehlen in anderen Schulen oftmals die notwendigen Voraussetzungen. Zugleich müssen die Sonderschulen noch stärker mit den anderen Schulen, vor allem mit den Grundschulen, zusammenarbeiten, um früh genug Verhaltens-, Lern- und Sprachstörungen aufzufangen. Sonderschulen sind unverzichtbar, aber es sollte der Grundsatz gelten: So viel sonderpädagogische Förderung wie jeweils nötig, doch auch so viel gemeinsame Unterrichtung von Behinderten und Nichtbehinderten wie immer möglich.

Die erste und grundlegende Vorsorge gegen die Arbeitslosigkeit ist die Fähigkeit, sich auf neue Berufsaufgaben und -situationen einstellen zu können.

Daraus stellen sich für die Berufsbildende Schule besondere Aufgaben:

- Ausschöpfung aller Möglichkeiten, um allen Jugendlichen in den kommenden Jahren in Schule und Betrieb eine berufliche Erstausbildung zu sichern.
- Verbessertes Angebot an beruflichen Wahlschulen.
- Lernschwachen oder behinderten Jugendlichen Bildungsangebote zu machen, die sie nicht überfordern.
- Besondere Bemühungen, ausländische Jugendliche in das Ausbildungs- und Beschäftigungssystem zu integrieren.
- Die Fort- und Weiterbildung der Lehrer sowie ihren Praxisbezug stärker zu fördern.

Angebot und Qualität beruflicher Bildung hängen entscheidend von der Abstimmung und Kooperation zwischen Wirtschaft und Schule ab; das gilt für das duale System wie für Ausbildungsangebote an Abiturienten außerhalb der Hochschule. Wer über den augenblicklichen Bedarf hinaus ausbildet, kann morgen die wachsende Lücke bei Facharbeitern, Technikern, Organisationsfachleuten schließen.

2. Forschung, Wissenschaft und Hochschulen

Der weitere Ausbau der Hochschulen ist zwingende Notwendigkeit für die Sicherung der Zukunft. Größenordnung und Tempo des Ausbaues müssen dem Bedarf der 90er Jahre und dem finanziellen Leistungsvermögen des Landes angepaßt werden. Die Hochschulen stehen bei der Aufgabe, Forschung, Lehre und Studium zu gewährleisten, in den 80er Jahren vor großen Problemen. Derzeit studieren 45.000 an den Hochschulen des Landes. Am Ende der 80er Jahre werden es rund 52.000 Studenten sein. Durch die geburtenstarken Jahrgänge und die steigende Abiturientenquote entsteht eine Höchstbelastung, die mit außerordentlichen Maßnahmen bewältigt werden muß.

Wir setzen für die weitere Entwicklung deshalb besondere Schwerpunkte:

- Wir werden vor allem jene Fächer ausbauen, deren Studium nach den heutigen Erkenntnissen gute Berufschancen vermittelt; um-

gekehrt ist es dringend erforderlich, die Kapazitäten für die Lehramtsstudiengänge zu vermindern.

- Wir werden die Zusammenarbeit von Hochschulen, Fachhochschulen und Wirtschaft in der Forschung weiter fördern, um der Wirtschaft unseres Landes, insbesondere aber den mittelständischen Betrieben, Erkenntnisse des wissenschaftlichen Fortschrittes zugänglich zu machen.
- Wir werden uns darum bemühen, die Überbelastung der Universität Mainz, unter anderem durch Schaffung neuer Stellen, abzubauen.
- Wir werden den Ausbau der Universitäten Trier und Kaiserslautern schnellstmöglich fortsetzen, weil dort chancenreiche Ausbildungsgänge angeboten werden.
- Wir werden die Erziehungswissenschaftliche Hochschule bei der weiteren Entwicklung nicht lehramtsbezogener Studiengänge unterstützen.
- Wir werden den Ausbau der Fachhochschule fortsetzen, die durch ihr praxisbezogenes Studium begehrte Berufsqualifikationen vermittelt.
- Wir werden den Bau studentischen Wohnraumes, sowohl durch öffentlich geförderten Wohnheimbau als auch durch private Investitionen, fortsetzen.
- Wir werden die Studienreform durch eine sinnvolle Konzentration der Studieninhalte fortführen, um die wissenschaftliche Grundbildung zu verstärken, die Verschulung abzubauen und die Intensität des Studiums zu verbessern.
- Wir werden auch in finanziell schwierigen Zeiten die Förderung des qualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchses fortführen. Insbesondere werden wir uns bemühen, die Graduiertenförderung im früheren Umfang wieder herzustellen.

Die CDU Rheinland-Pfalz begrüßt die von der Bundesregierung beabsichtigte Neufassung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes. Ziel der Neufassung ist es, denen zu helfen, die auf Hilfe wirklich angewiesen sind. Daher tritt die CDU Rheinland-Pfalz dafür ein, daß im Schülerbereich Ausbildungsförderung für wirklich Bedürftige gewährleistet bleibt. Kein Abiturient braucht aufgrund finanzieller Probleme, insbesondere aus Angst vor späteren überhöhten Schulden, auf sein Studium zu verzichten. Bei der späteren Rückzahlung des

Studiendarlehens wird auf die Einkommenssituation des jungen Akademikers Rücksicht genommen.

3. Weiterbildung - bedarfsgerechtes Angebot für jeden Bürger

Charakteristisch für die Weiterbildung in Rheinland-Pfalz ist die Vielfalt der öffentlichen und freien Träger. Sie sichern ein differenziertes Angebot, das auch unterschiedlichen Überzeugungen und Wertungen Raum gibt. Unsere freiheitliche Kulturpolitik kennt keine Verpflichtung des Bürgers auf ein „Einheitsangebot“. Deshalb werden die Träger der Weiterbildung in Rheinland-Pfalz nur dann durch den Staat anerkannt und gefördert, wenn sie ein breites Bildungsangebot machen, das jedem interessierten Bürger offensteht.

Was den Bildungsurlaub angeht, so werden wir nach eigenen Lösungen für Rheinland-Pfalz suchen, auch wenn die wirtschaftliche Lage gegenwärtig für die Einführung des Bildungsurlaubs keine Möglichkeit läßt. Unabhängig davon setzt sich die CDU im Interesse der Rechtseinheit und zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen auch weiterhin für eine bundeseinheitliche Regelung ein.

4. Der Jugend Zukunft geben

Jungen Menschen, ihrer Aus- und Weiterbildung und der Welt, in die sie hineinwachsen, muß unsere besondere Aufmerksamkeit gelten. Unsicherheit über die Auswirkungen des technischen und sozialen Fortschritts und die Angst vor der Gefährdung des inneren und äußeren Friedens und der Umwelt bewegen viele Jugendliche. Dem müssen wir mit einer von Grundwerten bestimmten Politik begegnen, die in ihren Entscheidungen diese Grundwerte auch erkennen läßt. Die politischen Antworten auf drängende Probleme in einer schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Situation müssen überzeugen und den jungen Menschen mehr als lediglich die Befriedigung ihrer materiellen Bedürfnisse eröffnen. Dann wird es gelingen, das Vertrauen der Jugend in unsere politische, Sozial- und Wirtschaftsordnung zu verstärken oder zu erneuern. Denn die Mehrheit der Jugendlichen fühlt sich in unserer Gesellschaft zwar wohl, doch gibt es eine wachsende Anzahl junger Leute, die die Zukunftsperspektiven sehr pessimistisch einschätzen.

Die CDU Rheinland-Pfalz wird den begonnenen Dialog mit dieser kritischen Jugend verstärkt fortführen und sich dafür einsetzen, daß junge Menschen an unserer Gesellschaft beteiligt sind: durch Beruf, soziale Mitwirkung und politische Beteiligung. Dies ist der beste Weg, dem Aussteigertum entgegenzutreten.

Die Verantwortlichen in der Gesellschaft, in den Gemeinden, in der Regierung müssen entscheiden, handeln und führen. Aber sie müssen auch zuhören können. Das müssen alle Verantwortlichen, vor allem der jungen Generation gegenüber, unter Beweis stellen, vor allem die Regierenden.

Wir wollen allen Jugendlichen eine Ausbildung ermöglichen und berufliche Chancen eröffnen. Wir fordern die Wirtschaft, die Gewerkschaften und die Verbände auf, dabei mit aller Kraft mitzuarbeiten. Ausländische Jugendliche haben genauso Anspruch auf eine gute Ausbildung wie unsere eigenen Kinder. Gerade auch am Ausbildungs- und Arbeitsplatz bietet sich die Möglichkeit, durch Zusammenarbeit und Gespräch ausländische Jugendliche wirklich in unser Leben einzubeziehen.

Jugendarbeit ist in erster Linie ein Feld sozialen Lernens und Handelns, das durch das Für- und Miteinander von Jugendlichen und Erwachsenen geprägt ist. Wir unterstützen deshalb besonders die Formen der Jugendarbeit, in der Junge und Erwachsene miteinander engagiert tätig sind. Jugendarbeit kann nur durch den persönlichen Beitrag und den Einsatz einer Vielzahl von ehrenamtlichen Mitarbeitern geleistet werden, die hierfür einen nicht unbeträchtlichen Teil ihrer persönlichen Freizeit aufbringen und opfern. Das ehrenamtliche Engagement muß weiter im Mittelpunkt der Jugendarbeit stehen.

Dies gilt in besonderem Maße für die Tätigkeiten in Sport- und kulturellen Vereinen. Sie haben seit Jahrzehnten einen entscheidenden Beitrag zu einer vorbildlichen Jugendarbeit geleistet und das Miteinander der Generationen gefördert.

Wir treten insbesondere dafür ein, daß Jugendliche in ländlichen Gemeinden vergleichbare Möglichkeiten einer sinnvollen Freizeitgestaltung haben wie in den größeren Städten.

Im Sinne einer „dezentralen Jugendarbeit“ sollten in ländlichen Gemeinden Jugendgruppenräume bestehen, die von Jugendlichen selbst mitgeplant und mitgestaltet werden können.

Jugendliche wollen selbst Initiativen ergreifen, Risiken eingehen, Erfahrungen sammeln und Freiräume nutzen. Die Welt zeigt sich vielen Jugendlichen als zementiert, als fertig und nicht mehr veränderbar.

In dieser Situation kommt es darauf an, das Anliegen vieler junger Menschen, sich Freiräume zu erkämpfen, politisch sinnvoll zu unterstützen.

D. Die soziale Verpflichtung des Staates in ihrem Verhältnis zur Selbstverantwortung des einzelnen und zum mitmenschlichen Engagement neu bestimmen

Sozialpolitik hat für die Union das Ziel, die Fähigkeit des einzelnen zur individuellen Lebensgestaltung, zur Teilnahme an der Gemeinschaft, zu freier Selbstbestimmung und Eigenverantwortlichkeit zu stärken.

Aufgabe der Sozialpolitik ist es nicht, möglichst viele Bürger zu Anspruchsberechtigten zu machen. Es kommt in der Sozialpolitik vielmehr darauf an, wirkliche soziale Problemlagen treffsicher zu verändern und zuverlässig zu helfen. Wir lehnen die Allzuständigkeit des Staates ab, die den Bürger entmündigt, der Nachbarschafts- und Freundeshilfe den Boden entzieht und damit ein wichtiges Element des Lebens in einer freien Gesellschaft zerstört.

1. Die Familie stärken

Die Überbetonung des einzelnen und seiner Interessen und die Geringschätzung der Familie belasten unsere Gesellschaft. Die CDU Rheinland-Pfalz wird alles tun, die besondere Stellung der Familie zu erhalten.

Die Kindergärten sind in Rheinland-Pfalz ortsnah und mit einem beachtlichen pädagogischen Niveau ausgebaut worden. Der Versorgungsgrad ist beispielhaft: Nahezu jedes Kind kann ohne lange Wartezeiten in den Kindergarten aufgenommen werden. Diesen hohen Standard gilt es zu sichern und vor allem in Neubaugebieten mit wachsender Kinderzahl gezielt auszubauen.

Die Fachkräfte der Kindergärten müssen in ihrer Aus- und Fortbildung auf eine fruchtbare Zusammenarbeit mit den Eltern vorbereitet werden. Die Einrichtungen und ihre Träger im Sozial-, Erziehungs- und Bildungsbereich können nur Partner der Eltern sein und müssen diese in ihre Arbeit verantwortlich und gestaltend einbeziehen.

Das große Angebot an Einrichtungen und Veranstaltungen zur Familienbildung und -weiterbildung und die Beratungsdienste freier Träger sind Hilfen vor allem für jüngere Eltern und Pflegeeltern. Diese Angebote müssen jedoch inhaltlich, methodisch und zeitlich auf die Bedürfnisse der Familien zugeschnitten werden. Alleinerziehende

Mütter und Väter müssen bei der Erziehung ihrer Kinder unterstützt werden.

Finanzielle Hilfen für die Familien

Der Familienlastenausgleich ist eine Ausgleichs-, keine Sozialleistung. Die CDU Rheinland-Pfalz tritt dafür ein, daß die finanziellen Aufwendungen für Kinder wieder steuerlich berücksichtigt werden. Durch ein „Familiensplitting“ anstelle des heutigen „Ehegattensplitting“ sollen in Zukunft bei der Steuerbemessung auch die Kinder berücksichtigt werden. Dies kann ohne finanzielle Mehrkosten erreicht werden.

Die Stiftung des Landes „Familie in Not“ soll finanziell ausreichend ausgestattet und durch Hilfsmöglichkeiten Privater ergänzt werden.

Familiengerechte Lebensumwelt

Die Arbeitswelt nimmt bisher nur wenig Rücksicht auf die Bedürfnisse der Familie. Zumindest durch flexible Arbeitszeitregelungen und eine Erweiterung der verschiedenen Formen von Teilzeitarbeit ist eine bessere Abstimmung zwischen Familie und Arbeitswelt möglich.

Die Stadtplanung muß bei der Gestaltung der unmittelbaren Lebensumwelt die Bedürfnisse der Familien konsequent berücksichtigen. Das beginnt bei den Wohnungen und ihrem Umfeld und geht bis zur Erreichbarkeit von Einkaufs- und Arbeitsplätzen.

Die öffentlichen Mittel für den Wohnungsbau müssen weiterhin vorrangig dafür eingesetzt werden, großen Familien Wohnungen zu tragbaren Preisen zur Verfügung zu stellen.

2. Ältere Menschen wollen unabhängig sein

Politik soll nicht nur für ältere Menschen, sondern auch mit älteren Bürgern gemacht werden. Die älteren Menschen wollen möglichst lange selbständig und eigenverantwortlich bleiben und in der Nähe und in Kontakt mit anderen Generationen, mit ihren Angehörigen, Freunden und Bekannten leben. Die Klischeevorstellung vom hilfebedürftigen und gebrechlichen alten Menschen trifft heute für die Mehrzahl der Älteren nicht zu. Die CDU orientiert ihre Altenpolitik an vier Grundsätzen:

- Vorrang der Selbsthilfe
- Vorrang der Familie
- Vorrang der offenen Hilfen
- Vorrang freier Initiativen und freier Träger

Eine solche Politik entspricht den Wünschen und Bedürfnissen der alten Menschen. Der weitere Ausbau der ambulanten sozialen Dienste muß daher weiter gefördert werden.

Für diejenigen, die in der Familie und durch ambulante Hilfen nicht mehr ausreichend versorgt werden können, muß das Angebot an stationären Einrichtungen der Altenhilfe weiter ergänzt werden. Rüstige ältere Heimbewohner sollten in den Heimen nicht zur Untätigkeit verdammt sein. Ihnen sollte die Möglichkeit eingeräumt werden, Dienste und Verrichtungen im Haus zu übernehmen. Durch die Fortschritte der Medizin steigt die Lebenserwartung und damit auch die Zahl der hochbetagten Menschen. Dem Ausbau von Pflegeeinrichtungen kommt daher für die Zukunft besondere Bedeutung zu.

3. Mehr Wahlfreiheit für die Frauen

Der hohe Stellenwert, den die Familie für die politischen Entscheidungen der CDU besitzt, verlangt die gesellschaftliche Anerkennung der Leistungen, die eine Hausfrau und Mutter bei der Erziehung ihrer Kinder erbringt, einer Leistung, die wesentlich über die gesellschaftliche Entwicklung und über die Zukunft unseres Volkes entscheidet.

Aufgabe der Familienpolitik muß es sein, Bedingungen zu schaffen, die den Wunsch, Kinder zu haben, erleichtern. Die CDU tritt dafür ein, die Tätigkeit einer Hausfrau und Mutter als gleichwertige berufliche Leistung anzuerkennen und bei der sozialen Sicherung der Hausfrau zu berücksichtigen.

Auch die Vorschläge der CDU zur stufenweisen Verwirklichung eines Erziehungsgeldes behalten ihre Gültigkeit. Ihre Verwirklichung wird in Angriff genommen, sobald die finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte dies ermöglicht.

Die CDU bekennt sich zum Leitbild der Partnerschaft in der Ehe. Partnerschaft heißt, daß Mann und Frau ihre Aufgaben und ihre persönliche Entfaltung im Beruf oder in der Familie oder in der Verbindung von Beruf und Familie finden können.

Gleiche Startchancen für Frauen im Arbeitsleben setzen eine gleichwertige schulische und berufliche Qualifikation voraus. Im letzten Jahrzehnt ist das Ausbildungsniveau der Mädchen dem der Jungen weitgehend angeglichen worden.

Die CDU tritt für die Wahlfreiheit der Frauen ein, ihre Aufgabe wie ihre persönliche Entfaltung selbst bestimmen zu können. Jede starre Rol-

lenzuweisung ist eine Einschränkung dieser Freiheit. Das gilt unabhängig davon, ob ihnen einseitig die Rolle der Hausfrau oder der erwerbstätigen Frau zugewiesen wird.

Die CDU begrüßt daher, daß die Landesregierung die Wahlfreiheit zum obersten Leitgedanken in diesem Bereich erklärt hat. Die Entscheidung für die Familie oder für den Beruf oder für eine Verbindung von beiden muß von den Frauen selbst getroffen werden, in Partnerschaft und Verantwortung. Ziel der Politik muß es sein, Hindernisse für eine Verwirklichung der Wahlfreiheit auszuräumen.

Die Chancen von Frauen, qualifizierte Arbeitsplätze zu erreichen und beruflich aufzusteigen, sind jedoch nach wie vor gering. Trotz des 1980 in Kraft getretenen Gleichstellungsgesetzes ist die Teilung des Stellenmarktes nach Männern und Frauen noch nicht überwunden. Eine systematische Beobachtung dieses Marktes und mehr Aufklärung und Beratung der Arbeitgeber ist notwendig. Arbeitsschutzbestimmungen hindern Frauen daran, Tätigkeiten auszuüben, zu denen sie ebenso geeignet sind wie Männer. Eine Überprüfung und Änderung mit dem Ziel, überholte Zugangsbeschränkungen abzubauen, ist erforderlich. Der öffentliche Dienst wird auch in Zukunft beispielhaft für andere Arbeitsbereiche den Frauenanteil in seinen gehobenen Stellen verstärken. Die Leitlinien zur beruflichen Förderung von Frauen im Bereich der Landesregierung sind die Grundlage dafür.

Eine bessere Vereinbarkeit von Familienaufgaben und Erwerbstätigkeit erfordert eine flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit. Die Bedingungen für einen erfolgreichen Wiederbeginn nach längerer Erwerbspause der Frauen müssen untersucht und daraus Maßnahmen entwickelt werden, die die Wiedereingliederung fördern. Eine bessere Durchlässigkeit zwischen Familien- und Arbeitswelt soll verhindern, daß Frauen und Männer sich bereits in jungen Jahren endgültig zwischen Familie und Arbeitstätigkeit entscheiden müssen. Die schwierige Lage am Arbeitsmarkt darf nicht dazu führen, daß Frauen aus Beruf und Arbeitswelt verdrängt werden.

Träger und Erzieher der Kindergärten sind aufgefordert, ihre Möglichkeiten zu nutzen, auch den Kindern berufstätiger Eltern die nötige Betreuung zu sichern.

Tagespflegestellen als Alternative zur Betreuung der Kinder in Krippen sind zu begrüßen.

4. Hilfen für Behinderte weiterentwickeln

Unter großen Anstrengungen sind in Rheinland-Pfalz abgestimmte und vielseitige Hilfen und Einrichtungen zur Förderung, Betreuung und Pflege von Behinderten entstanden. Nach der Phase des Aufbaus kommt es nun darauf an, den in der Behindertenhilfe erreichten Stand zu sichern und das Hilfsangebot kontinuierlich und ausgewogen weiterzuentwickeln. Ein Schwerpunkt bleibt dabei die Frühförderung gesundheitsgefährdeter oder behinderter Kinder.

Darüber hinaus sind alle Maßnahmen zu fördern, die eine selbständige Lebensführung für Behinderte ermöglichen. Es sollte alles getan werden, Behinderten, die auf die Hilfe anderer angewiesen sind, die Möglichkeit zu geben, in einer eigenen Wohnung zu leben. Die Unterbringung in Wohngemeinschaften oder Wohngruppen, in denen Behinderte und Nichtbehinderte leben und sich gegenseitig zur Hand gehen können, soll ebenso gefördert werden wie der Aufenthalt in einem Behindertenheim. Durch die Schaffung einer behindertengerechten Umwelt und durch die Förderung von Freizeit und Sport für Behinderte soll deren Teilnahme am gesellschaftlichen Leben erleichtert werden.

Die ständig steigende Arbeitslosigkeit fordert von uns ein noch stärkeres Mühen um ihre berufliche Eingliederung. Die gesellschaftliche Eingliederung der Behinderten soll durch ambulante Dienste, durch die Schaffung einer behindertengerechten Umwelt und durch die Förderung von Freizeit und Sport erleichtert werden, unabhängig von der Notwendigkeit, Leistungen an Behinderte treffsicher zu machen und die Feststellung des Ausmaßes der Behinderung mehr an der konkreten beruflichen Beeinträchtigung zu orientieren. Es soll angestrebt werden, daß die Beschäftigung von Schwerbehinderten Vorrang erhält vor einer finanziellen Abgeltung der Beschäftigungsaufgabe.

5. Kriegsoffer

Die Kriegsoffer und ihre Hinterbliebenen haben auf Grund ihres Sonderopfers für die Allgemeinheit einen unabweisbaren Anspruch auf Entschädigung und auf Anpassung der Versorgungsrenten entsprechend der allgemeinen Einkommensentwicklung.

6. Flüchtlinge, Vertriebene, Aussiedler

Wir unterstützen die Bemühungen der Vertriebenen und Flüchtlinge um die Pflege des deutschen Kulturgutes ihrer Heimat. Diese Aufga-

be ist ein wichtiger Beitrag zur Überlieferung und Erhaltung deutscher Kultur in ihrer Gesamtheit.

Die Eingliederung von Aussiedlern in alle Gebiete unseres wirtschaftlichen, sozialen und staatlichen Lebens bleibt Aufgabe des Staates, der gesellschaftlichen Gruppen und aller Mitbürger.

7. Klare Linie in der Ausländerpolitik

Das Zusammenleben zwischen Deutschen und Ausländern muß ein Beispiel dafür werden, wie auch schwierige Fragen einvernehmlich und auf friedlichem Wege gelöst werden können. Der soziale Friede darf nicht länger belastet werden.

Bund, Länder und Gemeinden sind aufgerufen, der sozialen Isolation und Ghettobildung in den Städten entgegenzuwirken. Die Ausländerpolitik der Bundesrepublik braucht jetzt nach dem Neubeginn in Bonn eine klare und langfristig gültige Linie.

Etwa die Hälfte aller Ausländer lebt zehn Jahre und länger bei uns, ein weiterer erheblicher Teil länger als fünf Jahre. Aus moralischen, rechtlichen und schließlich auch aus wirtschaftlichen Erwägungen kommt eine zwangsweise Rückführung der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien nicht in Betracht. Ziel der CDU ist es vielmehr, den Ausländern und ihren Familien eine Integration in das gesellschaftliche Leben zu ermöglichen. Dazu gehört vorrangig die Beseitigung der Sprachbarrieren durch gezielte Sprachförderung für Eltern und Kinder. Eine Verbesserung der Wohnsituation kann die integrationshemmende Ghettobildung in unterprivilegierten Stadtteilen verhindern und ein Zusammenleben von Deutschen und Ausländern erleichtern.

Es bedarf einer ständigen und gezielten Aufklärungsarbeit, auch durch die Parteien, um Vorurteile gegenüber Ausländern abzubauen oder besser noch gar nicht erst entstehen zu lassen. Es muß deutlich werden, daß Extremismus und die Neigung zur Gewalt unter Ausländern keinesfalls typisch sind. Die Arbeitslosigkeit beruht nicht auf der Beschäftigung von Ausländern. Ausländische Arbeitskräfte sind ein notwendiger und unverzichtbarer Teil unseres Wirtschaftslebens.

Trotz des Anwerbbestops seit November 1973 ist die Gesamtzahl der Ausländer in der Bundesrepublik, insbesondere durch den Familiennachzug und den Zustrom von Wirtschaftsflüchtlingen, weiter stark angestiegen.

Deshalb ist erforderlich:

- Der bestehende Anwerbbestop für ausländische Arbeitnehmer muß beibehalten werden.
- Die illegale Einreise und Beschäftigung sind zu unterbinden.
- Der Familiennachzug muß unter Beachtung von Artikel 6 des Grundgesetzes in einer Weise geregelt werden, die die Integration der Kinder nicht zusätzlich erschwert.
- Hinsichtlich der EG-Assoziierung der Türkei ist durch Neuverhandlung eine für den deutschen Arbeitsmarkt angemessene Lösung sicherzustellen.

Darüber hinaus sind finanzielle Anreize zur Rückkehr zu überlegen und in Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern Programme zu entwickeln, die in den Herkunftsländern Arbeitsplätze schaffen.

Alle Möglichkeiten zur Bekämpfung der Aktivitäten extremistischer Ausländer und ihrer Vereinigungen müssen ausgenutzt werden.

Um dem Mißbrauch des Asylrechts wirksam zu begegnen, sind weitere Maßnahmen erforderlich, insbesondere sollen die Asylbewerber für die Dauer des Asylverfahrens grundsätzlich keine Arbeitserlaubnis erhalten. Für Asylbewerber aus osteuropäischen Ländern sind besondere Regelungen zu schaffen. Sozialhilfe ist in Form von Sachleistungen zu gewähren.

8. Sozialstationen sind bürgernahe Hilfen

Viele tausend kranke, pflegebedürftige und ältere Menschen konnten sich in den letzten Jahren darauf verlassen, Hilfe und Unterstützung von einer Sozialstation erhalten zu können. Die Bündelung der ambulanten Dienste ermöglicht es der Sozialstation, dem hilfesuchenden Bürger umfassend zu helfen und dabei die soziale und gesundheitliche Bedarfssituation der Familie insgesamt zu sehen. Die Sozialstation zeichnet sich durch ihre Ortsnähe, ihre Mitmenschlichkeit und Bürgernähe aus. Sie leistet einen wertvollen Beitrag bei dem Bemühen zur Kosteneinsparung im Gesundheits- und Sozialwesen. Sie fördert die Nachbarschaftshilfe und das ehrenamtliche Engagement. Mit 96 Sozialstationen - überwiegend in freier Trägerschaft - verfügt Rheinland-Pfalz als erstes Bundesland über ein flächendeckendes Netz. Wir werden ihre Arbeit auch für die Zukunft sichern.

9. Vorbeugend für die Gesundheit wirken

Vorsorge, Erziehung und Aufklärung werden als übergeordnetes Prinzip im Vordergrund unserer zukünftigen Gesundheitspolitik stehen. Besonders bei den privaten Haushalten muß der gesundheitspolitische Stellenwert von Konsumgewohnheiten und Umwelteinflüssen erkannt werden.

Die Beseitigung von Krankheitsursachen aus Luftverschmutzung und zu hoher Schadstoffkonzentration ist ein vordringlicher Beitrag zur Gesunderhaltung. Rückstände in Lebensmitteln müssen noch weiter herabgesetzt werden. Wirksame Lebensmittelkontrolle muß vor Gesundheitsschäden schützen, ohne die Eigenverantwortlichkeit von Herstellern und Vertreibern in Frage zu stellen.

Wichtiger Teil der medizinischen Versorgung ist der in freier Praxis ambulant tätige Arzt, vor allem der Arzt für Allgemeinmedizin. In der ärztlichen Ausbildung muß der Praxisbezug verstärkt werden.

Die Gesundheitsversorgung durch niedergelassene Ärzte wird ergänzt durch ein abgestuftes leistungsfähiges System von Krankenhäusern. Für die Zukunft gilt es, das heute erreichte Niveau zu sichern und noch bestehende regionale und fachliche Lücken zu schließen.

Moderne Krankenhäuser und moderne Medizin sind wichtige Voraussetzungen für den Heilungsprozeß. Nicht minder wichtig sind aber die fachlichen Fähigkeiten und die Einstellung der Menschen, die sie betreuen. Der Humanität im Krankenhaus werden wir auch künftig hohe Bedeutung beimessen.

Die Weiterentwicklung des öffentlichen Gesundheitsdienstes ist notwendig und auch unter Einbeziehung organisatorischer Alternativen zu überdenken. Vordringlich ist, die gesundheitlichen Folgen von Umweltbelastungen im allgemeinen und am Arbeitsplatz zu beurteilen und Fachbehörden wie Bürgern Hinweise zur Vermeidung umweltbedingter Gesundheitsschäden zu geben.

Das rheinland-pfälzische Psychiatrieprogramm hat zum Ziel, die psychisch Kranken wie körperlich Kranke entsprechend den Fortschritten in der Medizin zu behandeln. Vor allem ist die psychiatrische Versorgung außerhalb der Krankenhäuser weiter zu verbessern. Trotz der angespannten Haushaltslage hat Rheinland-Pfalz die Initiative für den Ausbau der ambulanten Behandlung ergriffen. Laienhelfer können wesentlich dazu beitragen, daß der psychisch Kranke wieder seinen Platz in der Gesellschaft findet.

10. Sport für alle

Das sportpolitische Ziel der CDU Rheinland-Pfalz heißt „Sport für alle“. Kernstück und Motor der sportlichen Gemeinschaft sind die Vereine. Sportorganisationen und öffentliche Hand haben gemeinsam beachtliche Erfolge für die Sporttreibenden in Rheinland Pfalz erzielt. Da jeder 3. Rheinland-Pfälzer Mitglied in einem der rd. 4.800 Turn- und Sportvereine ist, bleibt der Verein auch weiterhin der wichtigste Partner der Sportförderung durch den Staat und die Gemeinden.

Angesichts der angespannten Haushaltslage von Land und Kommunen wird aber die Sportförderung ihren Schwerpunkt nicht im materiellen Bereich allein haben können. Es müssen vielmehr alle anderen Möglichkeiten, das Sportangebot zu verbessern, gezielt genutzt werden. Schwerpunkte der Sportförderung durch das Land werden sein: Ausbildung von Übungs- und Organisationsleitern für die Vereine, Förderung der Vielfalt der Angebote im Bereich des Freizeitsports, Förderung der sportlichen Angebote der Vereine für Behinderte, Ausländer und ältere Mitbürger.

Die CDU wird das Engagement der rd. 110.000 ehren- und nebenamtlich Tätigen in den Vereinen erleichtern. Noch bestehende administrative Erschwernisse werden beseitigt.

Auch weiterhin sind der Bau und Ausbau von Sport-, Spiel- und Freizeitanlagen notwendig. Vorhandene Anlagen sind je nach Bedarf, vor allem unter dem Gesichtspunkt der Energieeinsparung, und damit zur Senkung der Folgekosten - wo notwendig - umzubauen und zu erneuern. Neue Sportanlagen müssen von den kommunalen Gebietskörperschaften und den Turn- und Sportvereinen mit Augenmaß geplant und in Größe und Ausstattung am Bedarf orientiert werden. Vor allem ist eine freizeitgerechte Mehrzwecknutzung zu ermöglichen. Soweit Gesichtspunkte des Natur- und Landschaftschutzes es zulassen, sind öffentliche Parks und Grünanlagen stärker für Breiten- und Freizeitsportarten wie Trimmen, Laufen, Radfahren, Reiten oder Spielen nutzbar zu machen.

E. Den demokratischen Verfassungsstaat und den Rechtsstaat stärken

Die freiheitliche Erneuerung des politischen Lebens und die Stabilisierung des Rechtsstaates ist ohne einen ordnungspolitisch starken Staat und den Willen der Bürger zum persönlichen Einsatz und zur Loyalität gegenüber dem Staat nicht zu erreichen.

1. Selbstbeschränkung des Staates

Eine die gesellschaftliche Dynamik sichernde Ordnungspolitik muß an die Stelle ständig wechselnder Interventionen treten. Staat und Politik müssen für den Bürger berechenbar sein. Die Selbstbegrenzung des Staates und die Selbstbeschränkung der Politik werden zur vordringlichen Aufgabe. Die Neuorientierung der Politik am Leitbild des zur Selbständigkeit fähigen Menschen, dem ein höheres Maß an Eigenverantwortung und Eigenvorsorge zugemutet werden kann, ist nur auf einem langen und mühsamen Weg zu erreichen.

2. Die Teilhabe aller Bürger an politischen Entscheidungen sichern

Beteiligung und Teilhabe des einzelnen Bürgers am politischen Entscheidungsprozeß ist in modernen Industriestaaten nur über repräsentative Organe zu vollziehen, wenn die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit des Staates gesichert bleiben soll. Das repräsentative System darf allerdings nicht durch beherrschenden Einfluß organisierter Interessen verfälscht werden. Der Bürgerbezug der Politik muß erhalten bleiben. Deshalb ist es wichtig, daß gesellschaftliche Einflüsse offengelegt und in geordnetem Verfahren in die Willensbildung eingehen können.

Das Wahlrecht muß sowohl den Wählern weitgehend Einfluß auf die Bildung und Zusammensetzung politischer Organe ermöglichen als auch deren Funktionsfähigkeit stärken. Die Reform des kommunalen Wahlrechts in Rheinland-Pfalz entspricht repräsentativen Grundsätzen und verstärkt gleichzeitig den Einfluß des Bürgers auf die Auswahl der Mandatsträger.

Die CDU begrüßt über die Teilnahme an Wahlen hinausgehende Aktivitäten des einzelnen oder einer Gruppe von Bürgern. Sie ergänzen dabei die Arbeit der demokratisch legitimierten Organe, ersetzen sie aber nicht.

3. Stabilisierung des Rechtsstaates

Der Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit begründet und festigt die Einheit des Staates und seiner Rechtsordnung, die er über Spannung und Interessengegensätze hinweg zusammenhält. Der Rechtsstaat ist es wert, daß wir ihn mit Leidenschaft verteidigen und weiter ausbauen. Aus diesem Grunde werden wir eine Politik mit dem Ziel betreiben, die Freiheit des einzelnen zu schützen, die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten und die soziale Gerechtigkeit zu wahren.

Das Recht ist kein Instrument der Systemveränderung; vielmehr hat es die Aufgabe - getragen von breiter Zustimmung -, einen gerechten Ausgleich von Interessen und eine friedliche Beilegung von Konflikten herbeizuführen.

Rechtsvereinfachung und Rechtsbereinigung fortsetzen

Die Überreglementierung und Überperfektionierung der Gesetze gefährden den Rechtsstaat. Eine übergroße Zahl von Vorschriften, verbunden mit häufigen Rechtsänderungen, schmälert die Geltungskraft des Rechts. Deshalb ist Rechtsvereinfachung eine ständige Aufgabe. Ihr Ziel ist, dem Bürger verstärkt Freiräume eigenverantwortlichen Handelns zu geben und der Verwaltung mehr Spielraum für lebensnahe Entscheidungen zu schaffen.

Bernhard Vogel hat durch seine persönliche Verpflichtung auf dieses Ziel im Jahre 1979 inzwischen nicht nur erreicht, daß die Verbesserung des Verhältnisses zwischen Bürger und Staat von allen politischen und gesellschaftlichen Kräften aufgenommen und unterstützt wird. Es ist in Rheinland-Pfalz auch einiges bewegt worden:

- Die Verwaltung ist bürgerfreundlicher geworden. In 213 Rathäusern und den Kreisverwaltungen gibt es inzwischen einen Bürgerberater. Die Mitarbeiter der Verwaltungen mit viel Publikumsverkehr werden für den freundlichen Umgang mit den Bürgern eigens geschult.
- Über 3.000 Vordrucke und 68 verschiedene Computer-Bescheide wurden bisher überprüft und, wo es notwendig war, beträchtlich vereinfacht.
- Statistische Erhebungen beschränken sich nur auf das Notwendige. Was aus vorhandenen Quellen zu ermitteln ist, wird nicht mehr beim Bürger abgefragt.
- Inzwischen sind die Verwaltungen der Städte, der Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden bei allen gängigen Aufgaben und Anliegen die Anlaufstelle für den Bürger.
- Das Verzeichnis der rheinland-pfälzischen Rechts- und Verwaltungsvorschriften ist bereits erschienen. Wichtig ist, daß alle Verwaltungsvorschriften künftig nach Ablauf von 5 Jahren automatisch ihre Geltung verlieren, wenn ihre weitere Notwendigkeit nicht eigens nachgewiesen wird.
- Über 3.000 Verwaltungsvorschriften sind in den letzten 2 Jahren aufgehoben worden. Nach Abschluß der Bereinigung im Jahre

1983 werden ca. 5.000 Verwaltungsvorschriften außer Kraft gesetzt sein.

Ein Erfolg ist auch, daß in der 9. Wahlperiode bis Ende 1982 nur noch 37 Gesetze verkündet wurden, gegenüber 79 bzw. 124 Gesetzen in den beiden vorhergehenden Wahlperioden.

Diese Hinweise zeigen, in Rheinland-Pfalz wurde ernst gemacht mit der Verbesserung des Verhältnisses zwischen Bürger und Staat. Dies ermutigt zu weiteren Schritten.

Die Rechtsvereinfachung darf nicht auf das Landesrecht beschränkt bleiben: Die Vereinfachung muß auch auf Bundes- und europäischer Ebene vorangebracht werden.

Wirksamer Rechtsschutz

Das Recht muß durchsetzbar sein. Die Qualität der Rechtspflege hängt sowohl von der Richtigkeit der Sachentscheidung wie von der Schnelligkeit ab. Eine lange Verfahrensdauer untergräbt das Vertrauen des Bürgers in die Rechtspflege.

Trotz ständig steigender Verfahrenszahlen ist es den rheinland-pfälzischen Gerichten und Staatsanwaltschaften in fast allen Bereichen gelungen, die durchschnittliche Verfahrensdauer zu verkürzen. Wir müssen die gerichtlichen Verfahren vereinfachen und beschleunigen. Der Rechtsstaat darf nicht zum Rechtswegestaat verkümmern. Wir müssen ernsthaft darangehen, auch die Zahl der Rechtsmittelinstanzen zu überprüfen. Dies gilt insbesondere für das Recht der Ordnungswidrigkeiten, aber auch für verwaltungsgerichtliche Verfahren bei der Genehmigung von Großprojekten, wie z. B. dem Bau von Kraftwerken oder Straßen. Nur so können wir eine jahrelange Verzögerung der Bauvorhaben verhindern. Der Schwebezustand einer Entscheidung darf nicht dazu führen, daß wirtschaftlich und technologisch notwendige Investitionen blockiert werden. Deshalb wollen wir bei derartigen Großverfahren den Rechtsweg auf zwei herausgehobene Instanzen beschränken.

Bürgernahe Justiz

Der Bürger soll das Recht nicht als Bedrohung empfinden. Es müssen daher konkrete Maßnahmen ergriffen werden, um den Bürgern die Rechtssprechung und die Justizverwaltung in ihren vielfältigen Dienstleistungsaufgaben näherzubringen. Dazu gehört vor allem aber die Information des Bürgers über das Recht. Die Kenntnisse des Bürgers von seiner Anwendung sind zu vertiefen. Die in Rheinland-Pfalz seit langem praktizierte Rechtshilfe hat sich bewährt.

4. Wirkungsvoller Schutz vor Gefahren

Die Bürger müssen sich darauf verlassen können, daß der Staat ihr Leben, ihre Gesundheit, die Freiheit und das Eigentum wirksam schützt.

Notwendig dafür ist die Vertiefung des Kontakts zwischen den Bürgern und der Polizei durch ihre Präsenz vor Ort und die Fortentwicklung der derzeitigen Polizeiorganisation mit dem Ziel einer reibungsloseren Zusammenarbeit der kommunalen und staatlichen Gebietskörperschaften. Mehr als 350 Polizisten sind in Bezirken als Fußstreife eingesetzt.

Mit dem neuen Brand- und Katastrophenschutzgesetz hat das Land den Städten, Gemeinden und Kreisen das rechtliche Instrumentarium zur Abwehr von Gefahren in die Hand gegeben. Es muß sichergestellt werden, daß die Kommunen auch künftig das notwendige Gerät, vor allem Fahrzeuge und Ausstattung sowie die gebotenen finanziellen Mittel erhalten, um ihre Aufgaben wirksam erfüllen zu können.

Für einen wirksamen Katastrophenschutz ist es wichtig, geeignete Vorsorgepläne zu entwickeln und die Bevölkerung über das Verhalten im Katastrophenfall immer wieder neu zu informieren.

5. Konsolidierung der Staatsfinanzen

Eine der wichtigsten Aufgaben der neuen Bundesregierung und des Finanzministers Stoltenberg wird es sein, das Tempo der Verschuldung des Bundes und der öffentlichen Hand, die in den letzten Jahren explodierte, zu stoppen und Schritt um Schritt zurückzuführen. Um dieses schlimme Erbe zu bewältigen, sind sehr große Anstrengungen erforderlich.

Auch in Rheinland-Pfalz muß in den nächsten Jahren das Wachstum der Ausgaben deutlich unter dem der Einnahmen liegen, d. h. die Kreditaufnahme ist zurückzuführen.

Den Haushalt zu konsolidieren und gleichzeitig die Abgaben für den Bürger nicht weiter steigen zu lassen oder gar zu vermindern, erfordert den konsequenten Abbau staatlicher Aufgaben. Dieser Weg ist gangbar; er ist sogar geboten überall dort, wo die Expansion der Staatstätigkeit mehr und mehr in die Bevormundung ausartet, wo der Markt und die private Initiative zu besseren Ergebnissen führen als die Staatstätigkeit.

Privatisierung

Die CDU tritt dafür ein, bei der Frage, ob eine Aufgabe durch den Staat oder Private wahrgenommen wird, die Beweislast umzudre-

hen: Nicht mehr die private Wirtschaft soll nachweisen, daß sie bei gleicher Qualität und Quantität preiswerter ist, sondern umgekehrt, jede öffentliche Verwaltung, die Arbeiten selbst durchführen will, muß nachweisen, preiswerter und besser zu sein. Bei der Übertragung von bisher durch den Staat durchgeführten Maßnahmen auf Private müssen die sozialen Folgen für die Betroffenen berücksichtigt werden.

6. Stärkung des Bürgersinns und der Ehrenamtlichkeit

Die ehrenamtlich Tätigen leisten einen wichtigen Beitrag zu „weniger Staat“. Ehrenamtliche Tätigkeit ist auch ein Weg zu einer menschlicheren Gesellschaft.

Ziel der CDU ist es daher, die Möglichkeiten ehrenamtlicher Tätigkeit zu stärken und Bürgersinn zu wecken. Ziel ist es, der gewachsenen Bereitschaft der Bürger, wieder verstärkt auf ihre Nachbarn zuzugehen, mit ihnen gemeinsam Aufgaben zu übernehmen und zu erfüllen, seitens des Staates Freiräume zu garantieren. Vor allem in der jungen Generation ist man mehr denn je bereit, sich für andere und die Gemeinschaft zu engagieren.

Deshalb wird die Landesregierung

- noch bestehende bürokratische oder auch rechtliche Hemmnisse beseitigen,
- die Information der ehrenamtlich tätigen Bürger, insbesondere im Sinne von Beratung und Unterstützung bei Gestaltungsfragen, verstärken,
- nachahmenswerte Beispiele herausstellen und
- neue Betätigungsfelder aufzeigen.

Der rheinland-pfälzische Landesorden ist eine Möglichkeit, herausragendes Engagement anzuerkennen.

7. Selbstverwaltung stärken

Selbstverwaltung in Gemeinden, Städten und Kreisen ist eine wesentliche Garantie für die Freiheit der Bürger. Selbstverwaltung gewährleistet dem einzelnen unmittelbare Teilnahme an der Gestaltung seiner Lebenschancen und seiner persönlichen Umwelt.

Die in Rheinland-Pfalz als erstem Bundesland mit Erfolg verwirklichte Verwaltungsreform hat zu leistungsfähigen kommunalen Gebiets-

körperschaften geführt, auf die Aufgaben zur Entscheidung in eigener Verantwortung übertragen werden konnten. Die CDU in Rheinland-Pfalz hat gegen den Widerstand anderer die Ortsgemeinden erhalten, um so eine breite ehrenamtliche Mitwirkung von Bürgern auf örtlicher Ebene sicherzustellen. Mit dem neuen Finanzausgleichsgesetz garantiert Rheinland-Pfalz allen kommunalen Gebietskörperschaften eine eigene Finanzausstattung. Der Finanzausgleich wies zwischen 1970 und 1981 in Rheinland-Pfalz gegenüber anderen Bundesländern die stärkste Zuwachsrate auf.

Auch in den Jahren geringerer Steuereinnahmen wird sich die CDU dafür einsetzen, daß die gerechte Aufteilung der Finanzmittel zwischen Land und Gemeinden erhalten bleibt. Dabei bleibt eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Gemeinden, Städte und Landkreise insgesamt sowie untereinander das langfristige Ziel.

Die zur Ergänzung der eigenen kommunalen Einnahmen bestimmten Zuweisungen des Landes werden nur insoweit zweckgebunden gewährt werden, als dies zur Schaffung der erforderlichen gleichwertigen infrastrukturellen Grundausstattung unabweisbar ist. Im übrigen gebührt der eigenen Finanzverantwortung der kommunalen Parlamente und der freien Verfügbarkeit der Mittel der Vorrang.

Wir wollen die kommunale Selbstverantwortung auch weiterhin stärken, weil wir auf das Verantwortungsbewußtsein, den praktischen Menschenverstand und den Gemeinschaftssinn der Bürger vertrauen. Die CDU wird deshalb staatliche Mitwirkung im kommunalen Bereich - wo möglich - abbauen und ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Land, Gemeinden und Kreisen herstellen. Staatliche Planungen sind auf die Abstimmung der erforderlichen Rahmenbedingungen zu beschränken. Bei allen überörtlichen Entscheidungen sind die gewachsenen Strukturen zu respektieren. Dies gilt auch im Verhältnis der Landes- und Regionalplanung zur Selbständigkeit der Gemeinden in der Bauleitplanung.

8. Pflichten gegenüber der Gemeinschaft einfordern

Der Staat kann nicht darauf verzichten, die Erfüllung von Aufgaben und Leistungen zu fordern. Dies ist ein unverzichtbarer Beitrag zur Erhaltung der solidarischen Gemeinschaft. Es geht nicht nur um die Beachtung von Recht und Gesetz, sondern auch um die Einsicht, daß die Gemeinschaft nicht auf persönliche Opfer und finanzielle Leistungen verzichten kann. Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt, sondern ein Verhalten, das die Gemeinschaft schädigt.

9. Die Demokratie festigen

Aus Respekt vor dem Bürger macht die CDU Rheinland-Pfalz keine Versprechungen, die sie nicht halten kann. Sie vertraut darauf, daß die Bürger die Unterstützung einer Partei nicht von Wahlgeschenken, sondern von ihren persönlichen Überzeugungen abhängig machen.

Die CDU kämpft um Unterstützung für den schweren Weg aus der gegenwärtigen Krise. Unser Ziel ist ein neuer Anfang durch Rückkehr zur Gemeinsamkeit. Die Herausforderung heißt,

- aktive Friedenssicherung,
- Wiederbelebung der Wirtschaft,
- Erhaltung des sozialen Friedens,
- Festigung der Demokratie durch Rückbesinnung auf ihre moralischen Grundlagen.

Die CDU Rheinland-Pfalz nimmt diese Herausforderung an.

Mit Helmut Kohl für Deutschland.

Mit Bernhard Vogel für Rheinland-Pfalz.